

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 6962, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 19.

Donnerstag, den 23. Januar 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Drei Jahre russische Arbeiterbewegung.

„Ihr habt fünfzehn, zwanzig, fünfzig Jahre Bürgerkriege und Völkerringe durchzumachen, nicht nur um die Verhältnisse zu ändern, sondern um Euch selbst zu ändern und zur politischen Herrschaft zu befähigen.“

Karl Marx am 15. September 1850 in der Sitzung der Londoner Zentralbehörde des Kommunistenbundes.

Drei Jahre sind gestern seit dem Petersburger Blutsonntag verfloßen, drei Jahre schärfsten Klassenkampfes, drei Jahre politischer und wirtschaftlicher Erschütterungen von weltgeschichtlicher Bedeutung. Sollte es möglich sein, die Errungenschaften solcher Kämpfe zunichte zu machen? Das kann nur glauben, wer die geschichtliche Entwicklung nach ihren äußerlichsten Erscheinungen beurteilt. Denn wenn die Reaktion auch scheinbar alles wieder herstellt, was die Revolution beseitigt, und alles beseitigt, was die Revolution geschaffen hat, eins wird ihr nie gelingen: das Volk wieder zur politischen Bewußtlosigkeit, zur Passivität herabzubringen. Der 22. Januar 1905 hat eine nie mehr zu überbrückende Kluft zwischen dem Volk und dem Absolutismus geschaffen, er hat das Volk aus seinem politischen Schlummer erweckt, es zum Sturm wider den Zarismus aufgeboten: daher ist und bleibt dieser 22. Januar 1905 das Anfangsdatum der ersten großen russischen Revolution.

Es war ein friedlicher Zug. Der größte Teil der Petersburger Arbeiter setzte noch seine Hoffnungen auf den Zaren. Nur in den Grenzgebieten Rußlands war das Proletariat bereits damals von solchen Illusionen frei; nur in den Grenzgebieten kämpften die Arbeiter schon im Januar und im Februar 1905 unter der Fahne der Sozialdemokratie.

In Moskau und im zentralen Rußland fanden die Grenzen des 22. Januar zuerst noch einen zu schwachen Widerhall. Das Petersburger Proletariat aber war unter dem Eindruck der grausigen Vorgänge schnell wach geworden, was die Arbeiterchaft der Reichshauptstadt dadurch bewies, daß sie sich — unter der Führung der Sozialdemokratie — auf die Komödie mit der Schiblowsky-Kommission nicht einließ. Sie bezeugte damit ihr volles Mißtrauen gegenüber derselben Regierung, deren Gnade sie soeben noch erstet hatte. Bald nahmen sich die anderen Städte ein Beispiel an den Petersburgern. Zum Oktoberkampf wurde schon das Signal von Moskau aus gegeben, doch gehörte die Führung dem Petersburger Proletariat, das sich inzwischen im Arbeiterdeputiertenrat eine feste Massenorganisation geschaffen hatte.

Der Oktoberstreik ergoß sich über ganz Rußland und ergriff fast die ganze Arbeiterchaft. Dieser elementare Aufstand ließ jedoch auf einen organisierten Widerstand der reaktionären Elemente. In 85 Städten antworteten diese Elemente mit furchtbaren Programmen und die Revolution erwies sich noch als zu schwach, um dem „Schwarzen Hundert“, das durch Polizei und Soldaten unterstützt wurde, standzuhalten. So wurde zwar der alten Gewalt die politische Macht entzogen, aber die Revolution vermochte diese Macht noch nicht in die Hand zu bekommen. Im Lande herrschte die Anarchie. Erst ein neuer Kampf konnte die Frage der politischen Herrschaft endgiltig entscheiden. Das Bürgertum, unfähig, die Situation zu erfassen, glaubte, auf das Zarenwort bauen zu sollen. Die Forderungen der Arbeiter gingen der Bourgeoisie überdies zu weit, und sie blieb denn auch während des Dezembergefechts neutral oder nahm gar Partei für die Regierung!

Die industrielle Bourgeoisie, durch die Subatoffpolitik (die bekanntlich nicht nur große Streiks in Moskau und den Generalstreik von 1905 in Odessa hervorgerufen, sondern auch den Anstoß zu den Januarereignissen gegeben hatte) gegen die Regierung aufgebracht, trat Anfang 1905 mit politischen Forderungen hervor und unterstützte sogar den Oktoberstreik. Die weiteren Kämpfe der Arbeiterchaft aber, speziell der Kampf um den Achtstundentag der Petersburger Arbeiter, trieben diese Bourgeoisie wieder ins Regierungslager.

Die Bauernschaft, der die politischen Forderungen der Arbeiterchaft allerdings noch fremd waren, begann nach dem Oktoberaufstand ihre grandiose Agrarrevolution. Die unmittelbare Folge war zunächst, daß der letzte Rest des Adelsliberalismus verschwand. Auch die Grundbesitzer traten natürlich offen gegen die Revolution auf.

Gestützt auf diese Elemente, wagte die Regierung es schließlich, die Arbeiterchaft zum Kampfe herauszufordern: sie provozierte den Dezemberaufstand und belegte das alleinstehende Proletariat in furchtbaren Schlachten. In diesem Dezemberaufstand spielten Moskau und viele Städte des zentralen Rußlands die ausschlaggebende Rolle, doch bewiesen die Wahlen zur ersten Duma, daß gerade in diesen Gegenden die Arbeiterchaft noch nicht ganz unter der Leitung der Sozialdemokratie stand. So folgten damals im Gouvernement Moskau nur 22 Prozent aller Betriebe der sozialdemokratischen Parole, während bei den letzten Wahlen fast die gesamte Arbeiterchaft sozialdemokratisch gewählt hat!

Die Dezemberniederlage verstärkte den Gedanken, daß das Proletariat nur gemeinsam mit der Bauernschaft siegen wird. Bei Auflösung der ersten Duma erwartete man, die Bauernschaft werde nun die Initiative zum Kampfe ergreifen. Inzwischen aber ist diese Illusion zerfallen. Eine zerstreute, mangelhaft organisierte Bauernmasse kann eben nicht im Kampfe vorangehen. Allmählich ändern sich auch die Verhältnisse: In den Mittelpunkt der russischen Wirtschaft tritt nach und nach die Industrie. Zur Hauptmacht wird, trotz seiner geringen Anzahl, das Industrie-Proletariat; ihm gehörte und wird auch in der Zukunft die führende Rolle im Befreiungskampfe gehören. Den Bauern wird der enge Zusammenhang zwischen ihren wirtschaftlichen Interessen und der politischen Macht erst durch die dritte Duma, die *Abelsduma*, klar gemacht werden.

Während die Bauern unter dem Druck des weißen Terrors ihren wirtschaftlichen Kampf zum Teil in der Form von Brandstiftungen und mit dergleichen Mitteln mehr führten und nur stellenweise feste Organisationen schufen, vermochte die Arbeiterchaft Massenorganisationen ins Leben zu rufen und dem Ansturm der reaktionären Kräfte noch im verfloßenen Jahre einen organisierten Widerstand entgegenzusetzen. Im Jahre 1907 zählten die Fabrikinspektoren 861 Gewerkschaften, die etwa 400 000 Mitglieder umfaßten. So errangen denn noch im Jahre 1907 die Moskauer Arbeiter einen glänzenden Sieg über die Stadtverwaltung und die Unternehmer, deren Machtgefühl eine große Ausweitung veranlaßt hatte.

Nach der Dezemberniederlage verebte der politische Kampf und die Schlachten des letzten Jahres wurden hauptsächlich auf wirtschaftlichen Gebieten ausgefochten. Gewiß nicht deshalb, weil sich etwa die Arbeiter vom politischen Kampfe ganz abgewandt hätten. Nein — es entwickelt sich eine neue Form der Konzentration und Organisation der Kräfte. Neue Anstürme gegen den Absolutismus werden insolge dessen einen mehr organisierten Charakter tragen. Die erste Phase der Revolution war die Schule der politischen und der Klassenziehung der Arbeitermassen. Sie hat auch breiten Massen der Bauernschaft das politische Bewußtsein gebracht. Was sie noch nicht vermochte, das wird die Reaktion vollenden, die ja bereits einen Teil des Bürgertums wieder ins oppositionelle Lager zurückgestoßen hat. Die Revolution ist scheinbar, es lebe die Revolution! — unter dieser Parole harret die russische Arbeiterchaft neuen Kämpfen entgegen.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Die Krise im Freisinn-Block.

Nicht nur der ganze „nationale“ Block macht gegenwärtig eine Krise durch, von der man noch nicht weiß, ob der Block heil aus derselben hervorgehen wird; auch der Freisinn-Block, die Fraktionsgemeinschaft der drei linksliberalen Parteien, hat ihre Spezialkrise, die über Sein oder Nichtsein der „liberalen Einigung“ entscheiden wird. Der Anlaß zu dieser Krise ist bekannt. Er liegt in den Gegensätzen zwischen den sich zaghaft dem Bülowwillen beugenden Fraktionsgrößen und den wenigen freisinnigen Politikern, die ein energisches Vorgehen vor allem in der Wahlrechtsfrage fordern und die Loslösung vom „nationalen“ Block für die erste Voraussetzung einer gezielten Aktion halten. Von der Art der Lösung der Krise in der Fraktionsgemeinschaft der Freisinnigen hängt somit auch das Schicksal des Gesamtblocks ab.

Wie die Leser sich erinnern werden, hat die blockwütige „Voss. Zig.“ schon vor einigen Tagen den von Bülow mit dem Namen „Alphaliberalen“ bedachten vorwärtsdrängenden Freisinnigen sehr deutlich den Stuhl vor die Tür zu setzen versucht und es war andererseits von einer Spaltung im Freisinn und zwar nicht nach den Grenzen der alten Fraktionen, sondern von einer völligen Neugruppierung die Rede. Klärung erwartete man von einer am Sonntag stattgehabten Sitzung des Gesamtverbandes der Freisinnigen Vereinigung, während in der besonders die schärferen Elemente sitzen, während

der ehemalige Wasserstiel-Freisinn Richterlicher Coleur der Freisinnigen Volkspartei unter Führung der Wiemer, Kopsch, Fickbeek u'm, in unerklärlicher Blockfreudigkeit macht. Aber die genannte Sitzung vom Sonntag berichtet nun das Organ der Freisinnigen Vereinigung, die „Lib. Corr.“:

„In der am Sonntag in Berlin abgehaltenen Sitzung des Gesamtverbandes des „Wahlvereins der Liberalen“ (Freisinnige Vereinigung) fand eine eingehende Besprechung über die Stellung der Partei zu der vom Reichskanzler vertretenen Politik im Reichstage, mit Rücksicht auf die scharfe Haltung des Fürsten Bülow im preussischen Abgeordnetenhaus gegenüber dem freisinnigen Wahlrechtsantrage statt. Der Vorstand einigte sich über einen Beschluß, dessen Veröffentlichung aber verschoben wurde, bis die Fraktionsgemeinschaft davon Kenntnis erhalten haben wird.“

Nach dem „Berl. Tagebl.“, das ebenfalls der Freisinnigen Vereinigung nahe steht, soll die beschlossene Resolution ungefähr den Anschauungen entsprechen, „die von dem „radikaleren“ Flügel der Freisinnigen Vereinigung vertreten werden.“

Die blockfeindliche Freisinnige Berliner „Volkszeit.“ bemerkt auf Grund besonderer Informationen zu dem Beschluß:

„Der Block ist länger nicht zu halten. Nun geht es an ein Schädelspalten.“ So mögen liberale Illusionisten geglaubt haben, als die Wählerschaft im Lande mit herzerrückender Einmütigkeit gegen die Behandlung, die Fürst Bülow im Landtage den freisinnigen Wählern gegenüber intervenierten angebeihen ließ, Protest erhob. Sie haben aber die Rechnung ohne die fraktionellen Leisetreter gemacht, die insbesondere in der Freisinnigen Volkspartei noch immer das große Wort führen. Herr Fickbeek und andere Elemente, die den unterschiedenen Liberalismus in den Blocksumpf geführt haben, geben sich alle nur erdenkliche Mühe, die Freisinnigen an der Blockfrage festzuhalten. Ihrem Einfluß ist es auch in erster Linie zuzuschreiben, daß die freisinnige Blockgemeinschaft im Parlament sich bisher auf platonische Verwahrungen gegen die ihr im Abgeordnetenhaus seitens des preussischen Ministerpräsidenten verabsolgteten Backenstreiche beschränkt hat, obwohl ein nicht unbeträchtlicher Teil der Mitglieder beider freisinnigen Fraktionen — die deutsche Volkspartei sogar geschlossen — ein radikaleres Vorgehen gewünscht hätte. Wie die Dinge sich daher jetzt entwickelt haben, ist an einem harmonischen Zusammenarbeiten in der liberalen Fraktionsgemeinschaft, solange die lauen Elemente die Oberhand haben, nicht zu denken. Es hat gar keinen Zweck, diese Differenzen zu vertuschen, wie es die parteiorganisatorischen Organe und Korrespondenzen tun. Eine reinliche Scheidung, die sich freilich nicht auf die Wiederherstellung der alten Fraktionsbestände beschränken dürfte und beschränken würde, wäre im Interesse der politischen Klärung geradezu ein Segen für den Liberalismus. Die entschieden liberale Wählerschaft im Lande dürfte, wie jeder Tag aufs neue zeigt, geradezu nach einer kraftvollen Aktion der parlamentarischen Fraktionen, die aber niemals kommen wird, so lange sie an dem Bleigewicht der Blockagenten des Fürsten Bülow zu tragen haben.“

Ähnlich denken in der Tat viele Elemente des noch nicht ganz verspieberten freisinnigen Bürgertums. Ob sie jedoch das Übergewicht über die Zauderpolitiker erhalten, ist fraglich. Die liberale „Einigung“ läuft dabei aber Gefahr, völlig in die Brüche zu gehen.

Den ordengeschmückten Blockfreisinn-Helden ließ die freisinnige „Berliner Volkszeitung“ wegen ihres Ordenshungers zünftig den Text. Das Blatt erinnert daran, daß Eugen Richter es trotz seiner 80jähr. Parlamentsfähigkeit nicht zu einem Orden gebracht habe, während die Blockfreisinnführer ihre Piepmähe im Sturme eroberten. Dann fährt das Blatt fort:

Wir sind der altväterlichen Meinung, daß es eigentlich Aufgabe eines freisinnigen Volkvertreters wäre, sich gegen das Ordenswesen überhaupt energisch auszusprechen, ungefähr in dem Sinne, wie es der von Bülow kürzlich zitierte Demokrat Uhland getan hat, der den ihm zugeordneten preussischen Orden pour le mérite höchst bestimmt von sich gewiesen hat.

Die Gelegenheit zur Stellungnahme gegen das Ordenswesen bietet sich bei der Beratung des Etats der Generalordenskommission, der eine Aufgabe von sage und schreibe jährlich 308 250 Mark erheischt!

Was könnte mittels dieser Summe an positiven nationalökonomischen Werten geschaffen werden! Wie oft fehlt für die nötigsten und notwendigsten Dinge in preussischen Unterrichtswesen selbst der zehnte Teil dieser Summe, der beim besten Willen nicht aufzutreiben ist.

Tausend arme Lehrrenten, die ihr Leben in Kummer und Sorge hindringen, könnten mit dieser Summe hochbeglückt werden, wenn jede von ihnen 300 M. jährlich erhielt!

Aber es scheint, daß „Ordenskapitel“ im Etat mit einer Ausgabe von nahezu einer dritten Million

Markt für die hunte Bier auf der breiten Mannesbrust ist schon längst ein Mäuschen Nährmichnicht für den Freisinn geworden. Und doch: Es waren bessere Tage für ihn, als ein Richter und die anderen Parlamentarier keine Orden erhielten!

Das Freisinnblatt hat sehr recht. Nur möchten wir hinzufügen, daß die Bedürftigen, die aus den Mitteln, die für den lächerlichen Ordensklimbin angewendet werden, nicht nur aus tausend armen Lehrerrinnen, sondern aus Millionen hungernder Proletarier bestehen.

### Das preussische Wahlrecht vor dem Reichstags-Tribunal.

Eine Kette von Schulzeuten hatte den Reichstagspalast umschlossen. Im Schutze dieser blauen Mauer redete sich Bülow zur schönsten Heldenpose empor. Die Interpellation unserer Fraktion wollte er nicht beantworten. Natürlich faselte er wieder von Zuständigkeit. Wenn die Herrenhauskunker, wie Eulenburg-Prassen, über notorische Reichsangelegenheiten interpellieren, ist Oldenburgs Freund zu einer Antwort bereit. Die Logik jauchauerlicher Schweinepolitik! — Inzwischen begünstigte sich Bülow nicht mit der Ablehnung. Der nächtliche Straßenredner in unangemeldeten Versammlungen unter freiem Himmel hielt es für gut, eine Pauke über Gefesslichkeit und andere derartige Dinge zu halten. Dann verschwand er mit seinen Untergebenen Beihmann, Schön und Genossen aus dem Saale. Vielleicht präpariert er wieder eine Rede an nächtliche antisemitische Radaubröder.

Die Beipredung der Interpellation wurde trotz abgelehnter Beantwortung geschlossen. Aus einem Rest von Schamgefühl stimmte der Freisinn für die Beipredung. Genosse Fischer begründete in einer wichtigen Anklage-rede die Interpellation. Das dicht besetzte Haus war in stürmischer Bewegung. Durch polterndes Aus- und Eingehen suchten die vereinigten Linker und Indenckwörter der Rechten unseren Redner aus dem Konzept zu bringen, aber es gelang nicht. Genosse Fischer diente auf jeden Zwischenruf, ohne irgendwie den Faden seiner Rede zu verlieren. Seine Charakteristika des Dreiklassenhauses erregte den Unwillen diverser landtätiger Geldackerkorenner, die auf den Zuschauertribünen ihr Domizil aufgeschlagen hatten. Unter Redner vergaß nicht, die Vorgänge in den vorjährigen Wahlkämpfen und die Rolle, die Bülow dabei gespielt, gebührend zu beleuchten, und das Verhalten der Polizei an jenen Tagen, als sie jöhnd im Zuge mitzogen mit dem Blankzettel am 12. Januar in wirksamen Konstrast zu stellen. In nicht minder wirksamen Gegenlicht stellte er das fraatsmännische Verhalten der österreichischen leitenden Männer und die brutale und zugleich kurz-sichtige Haltung Bülows in der Wahlrechtsfrage. Unter langanhaltendem Beifall unserer Fraktion schloß Fischer seine Ausführungen.

In der Debatte steute nur ein bürgerlicher Redner, der Pole Korjanty, sich vorbehaltlos auf den Boden der Interpellation. Von den freisinnigen Rednern sprach Träger leidlich, Schrader schwach, Bayer, der Hochdemokrat, legte einigermaßen kraftvoll ein, schalt dann auf die Straßendemonstrationen und schloß mit der Erklärung, daß trotz alledem und alledem, und trotz des ausdrücklichen Willens ihrer Wähler, das Fähnlein der Siebenschwabendemokraten, allerdings mit Vorbehalt an der Blockpolitik festhalten wird.

Wenn so die Haltung des Freisinn war, so mag man die Haltung der übrigen Parteien ermessen. Immerhin erklärte sich der alte Graf Hompeich namens des Zentrums unumwunden für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen. Aber die Gelegenheit, hierbei mit Bülow abzurechnen, ließ sich das Zentrum entgehen. Bassermann von den Nationalliberalen hatte den Staatsmannskoller, sprach von Zuständigkeit und weinte über die Demonstrationen. Der weggedenburgtige Ex-kolonialdirektor Prinz Hohenlohe tat namens der Reichspartei dasselbe.

Die genannten Redner wahrten die Form und hielten sich von Anpöbeleien fern. Diese besorgte in einem Maße, das nicht übertroffen werden kann, der be... rühmte Kreis. Nichts ist milderer, als Bürgerliche, die im Lokatione reden. Dem Kreis ist es gelungen, den Gustav Nataniel Markewicz zu überknippen, der im Dreiklassenhaus einer junkerlichen Antragsgeber sprach. Die ganze Kreis-Rede war eine Perlenkette aneinander-gereihter Schimpfwörter, in dessen was soll man von einem Individuum anderes erwarten, das es fertig gebracht hat nach der Zuchthausstrafe für politische Gegner zu schreiben? Die Szenen während der Rede ipotieten jeder Beschreibung. Die Rechte brüllte vor Vergnügen, bei den billigen antisemitischen Witzleuten des Redners, ohne auf Wendis angeborne Geizhals Rücksicht zu nehmen. Ganz aus dem Häuschen war der junge Antisemit Böhm, der sich wohl in die Versammlungen antisemitischer Radaustudenten zurückverlegte. Von unserer Seite wurden auf den groben Klug grobe Reize gelegt. Mit der Miene des Greises in der berühmten Seestadt Leipzig stand Johannes der Ungeschickte am Präsidentsentische und läuete mit verzweifelter Quidermine, aber gänzlich vergebens.

Am Schluß der Sitzung verließ der Block noch eine Helment. Er vertagte die Fortsetzung der Beipredung auf unbestimmte Zeit und machte es somit unserer Fraktion unmöglich, auf die Kreische Klackende unverzüglich zu antworten. Der ganze Freisinn mit vier Ausnahmen stimmte für diese Bergewaltigung. Wir wollen die Namen der vier anständigen Freisinnigen nennen: Neumann-Hoyer, Gerheim, Potthoff und Dohrn. — Wahrscheinlich, der Freisinn ist seines Fischbedes würdig.

Am Donnerstag wird man sich über Scheck, Majestätsbeleidigung, Tierjshaden usw. unterhalten.

### Das Reichs-Vereinsgesetz.

Die Reichstagskommission zur Vorbereitung des Vereinsgesetzes lehnte den § 1 der Regierungsvorlage ab und nahm nur den ersten Abzug des Antrages der Freisinnigen, lautend, das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt nur denjenigen Beschränkungen, welche durch dieses Gesetz vorgeschrieben und zugelassen sind, an.

### Agrarisch-koscheres Fleisch.

Es gibt noch edle Menschenjermude. Das sind die Agrarier. Man hat es schon wieder im Reichstag bei

der Behandlung des Viehseuchengesetzes gesehen: Zeigten sie da nicht die größte Besorgnis um die Gesundheit des Volkes? Sie schühen das Vieh gegen Seuchen, das Volk vor Ansteckung und gehen dabei, durch Seuchengesetze und Viehsperrern, so radikal zu Werke, daß sie dem gemeinen Mann lieber den Fleischgenuß überhaupt entziehen, als daß sie ihn den damit verbundenen körperlichen und moralischen Gefahren aussetzen. Denn der verwöhnte Magen des armen Mannes verträgt kein ausländisches Fleisch, selbst wenn es von der besten Qualität wäre. Nur Fleisch von vaterländischen Schweinen und Rindern — Fleisch vom Fleische Diebstahls! Nur Fleisch von Schweinen, die nach deutsch-agrarischem Ritus koscher gemästet und koscher geschächtet wurden!

Fleisch von Rindern, die die deutsche Zucht nicht kennen, wäre allerdings billig und in Massen zu haben. Die Zeiten sind vorbei, da die Menschen auf ihre Futterplätze angewiesen waren, wie das weidende Vieh. Der menschliche Geist hat die Entfernungen überbrückt. Wir können uns jetzt unseren Braten aus Argentinien oder Australien holen. Will man wissen, wie teuer dieses Fleisch in Europa zu stehen kommen würde? Es liegen uns gerade authentische Zahlen vor.

Wie die Triester Zeitung „Il Piccolo“ berichtet, hat der Dampfer „Montinia“, der am 17. Januar aus Buenos Aires einlief, 17 000 Kilogramm argentinisches Rindfleisch, das in den Kühlräumen des Dampfers untergebracht war, mitgebracht. Das Fleisch wurde einer veterinärärztlichen Untersuchung unterworfen, die ergab, daß das Fleisch sich in einem sehr guten Zustande befindet, vollkommen gesund und zum Gebrauch geeignet sei. Daran ist ja nichts Auffallendes mehr, da frisches Fleisch aus Argentinien und Australien in England längst mit gutem Erfolg eingeführt wird. Nur in Deutschland und Österreich ist die Einfuhr verboten. Das Fleisch „Argentinia“ soll von der besten Sorte sein, die überhaupt in Argentinien erhältlich war. Und die Dampfergesellschaft macht sich anheißig, solches Rindfleisch regelmäßig in Triest mit 70 bis 75 Heller per Kilogramm zu liefern — macht 60 Pfennig! Da die deutsche Schiffsverbindung mit Südamerika unvergleichlich mehr entwickelt ist als die österreichische, so dürfte dieses Fleisch auch in Hamburg keineswegs teurer zu stehen kommen.

Dreißig Pfennig das Pfund Rindfleisch zu einer Zeit der Teuerung und Arbeitslosigkeit! Aber, Michel, du kriegst von dem großen Stück Fleisch in deinen Koffler nur den Schattenwurf — davon kannst du nicht satt werden. Denn der menschliche Geist, der die Entfernungen überbrückt, hat auch die Schußölle erfunden, um die Weiten auseinanderzuhalten und die Agrarier patriotisch zu stimmen.

### Ein Annäherungsversuch an das Zentrum.

Ein Leitartikel der Wiener „Zeit“ beginnt mit den Worten:

„Herr Bülow hat einen Kanossengang angetreten und ist beiseit wieder heimgekehrt. Bei Freiherrn v. Hertling, dem bekannten Zentrumsführer, ließ er anfragen, was für Steuer-vorschläge das Zentrum machen wolle, das Zentrum hat aber diese Anbiederung brüst zurückgewiesen und dem Reichskanzler ein Refus gegeben, das einer großen politischen und moralischen Niederlage, einem völlig mißlungenen Rückzug gleichkommt.“

Die sensationelle Nachricht der Wiener „Zeit“ hat bisher ein Dementi nicht erfahren. Die Zentrumspresse, die leicht von Herrn v. Hertling erfahren könnte, was Wahres an der Mitteilung ist, drückt sie wörtlich ab und zieht aus ihr die einzig mögliche Konsequenz: daß Bülow eine Annäherung an das Zentrum versucht hat und daß der Versuch kläglich mißglückt ist.

Bülow hat dem Block zuviel Lebenskraft zugemutet, als er seine Erklärung gegen das Reichstagswahlrecht losließ. Es ist begreiflich, daß jetzt dieser in seiner Schärfe unverständliche Vorstoß gebietet wird als ein durch die Mehrheit des Ministerkollegiums aufgezwungener Angriff auf den linken Flügel seiner eigenen Truppen. Rheinbaben, der die Bankblockleute schon durch seine Übergehung der freisinnigen Börsonianer bei der Begehung der preussischen Anleihe verriet hatte, soll nach dieser Darstellung gefügt und die neue Kränkung der Liberalen durchgesetzt haben. Jetzt traut offenbar Bülow dem Block nicht mehr. Er sucht Anstich beim Zentrum. Daß seine Werbung unerhört kläglich wäre, wäre nicht erstaunlich. Siegt Rheinbaben und mit ihm das Zentrum, so ist Bernhard v. Bülow ein toter Mann: Herr Spahn kann sich dann einen anderen Kanzler aussuchen.

Die Mittwochssitzung des Reichstages hat gelehrt, daß der plötzlich erwachte Pessimismus Bülows gegen den Block nicht berechtigt ist. Den neudekorierten Ordensleuten des Freisinn kann nie genug Bescheidenheit und Unterwürfigkeit zugerant werden. Wohl veröffentlichten „Berliner Tageblatt“, „Volkszeitung“ und „Berliner Morgenpost“ Tag für Tag Requisitionen liberaler Organisationen gegen die Blockmiere. Aber Wiener und Fischbeck und Hedacher und Mugdan! Aber die Hoffnung auf die Börse, reform! Soll alles nun auf einmal verloren sein?

Inzwischen hat die Mittwochssitzung des Reichstages gezeigt, daß der Freisinn um jeden Preis an der zusammengeleiteten Blockpolitik festhält und seinem Herrn und Meister Bülow auf Leben und Tod ergeben ist.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 23. Januar.

Zug von Mauern und Zimmerern nach Söhrmann in Travemünde ist streng fernzubalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Zug nach der Grevesmühlter Malzfabrik ist strengstens fernzubalten.

Das geplante Reichsvereins- und Versammlungsrecht und die Arbeiterschaft lautete das Thema, über welches der Genosse Wiesel gestern abend in einer vom Sozialdemokratischen Verein und vom Gewerkschaftsartikel veranstalteten Volksversammlung sprach. Mehr als 2000 Personen waren erschienen, um gegen das geplante Reichsvereinsgesetz ihre Stimmen zu erheben und Vereins- und Versammlungsrecht zu fordern. Der Referent führte u. a. folgendes aus: Auf dem Zusammenhänge, der Vereinigung des einzelnen beruht

die ganze Existenz des Staates. Die Menschheitsgeschichte ist überhaupt nichts als eine Geschichte von Vereinigungen. Ich brauche Ihnen diese Thesen wohl nicht des weitern auseinanderzulegen, ihre Richtigkeit ist ja offensichtlich. Es sollte man natürlich meinen, daß dieses, worauf sich gewissermaßen das Staats- und Gesellschaftsleben erst gründet, auch ein Grund- und Naturrecht jedes einzelnen sein müsse, jedem ohne Ausnahme das Recht der freien Vereinigung als ein Recht der natürlichsten, persönlichsten Freiheit zustande, daß keine rechtliche Zwangsgewalt das Handeln eines jeden einschränken oder aufheben könne, so weit dasselbe nicht anderen allgemeinen natürlichen Rechtsgrundsätzen widerstreitet oder dieselben verletzt. Aber wie wenig ist bislang dies Recht des Gebrauchs der natürlichen Freiheit anerkannt worden. Mit allen nur denkbaren Mitteln haben die Herrschenden von jeher darauf gehalten, daß die breiten Massen des Volkes sich dieses Rechtes nicht erfreuen konnten. Nach dem uralten Grundgesetz Teile und herrsche haben die jeweils am Ruder befindlichen Klassen jede Vereinigung der arbeitenden, der breiten Schichten des Volkes verboten und unter die schwerste Strafe gestellt. Wer einmal die Geschichte des Vereinslebens in einem Volke, das Koalitionsrecht und das Koalitionsbedürfnis beselben studiert hat, der hat gesehen, wie wenig man dem Volke sein natürlichstes persönlichstes Recht zugestand. Und noch heute gibt es Leute, Kreise, die da meinen, es sei Unrecht, wenn man gemeinschaftlich tue, was man dem einzelnen nicht verwehrt. Wenn man heute einem Menschen vorwerfen wollte, Zeitungen zu lesen, spazieren zu gehen, zu tanzen usw., so würde man das als einen Eingriff in die persönliche Freiheit bezeichnen, der von keinem gebilligt würde. Das ist ein Recht der natürlichen Freiheit, ist identisch mit der rechtlichen Freiheit, daß der freie Mann nach seiner eigenen Überzeugung tun darf, was nicht rechtsverlegend ist. Aber doch hält man das noch heute für rechtsverlegend, für ein Vergehen, wenn es mehrere gemeinschaftlich tun, es in der Form tun, auf der die ganze Existenz der menschlichen Gesellschaft überhaupt beruht. Es ist ein äußerst wichtiges und für die breiten Massen und Schichten der Bevölkerung gerade in der Jetztzeit notwendiges, in dieser rechtlichen Freiheit des einzelnen begründetes Recht, dies Recht der freien Verbindung des Menschen mit seinen Mitmenschen für das, was er für gut und recht und heilsam hält, für religiöse und moralische, für wissenschaftliche und künstlerische, für ökonomische und politische Ausübung und Wirksamkeit. Es ist ein Recht auf Wahrheit und Bildung und ein Recht auf Erwerbung und Mitteilung der wichtigsten Mittel und Güter für alle menschlichen Zwecke und Genüsse. In diesem Sinne meinte es auch wohl Hohenlohe, als er am 17. Mai 1897 im preussischen Landtag sagte: „Meine Herren! Ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich das Vereins- und Versammlungsrecht als eine der wertvollsten Eigenschaften betrachte, als ein schließlich unentbehrliches Mittel, um die politische Entwicklung und Erziehung eines Volkes zu fördern.“ Aber wie himmelweit sind wir nicht von diesem Rechte entfernt. Wir strecken noch immer bis über die Ohren im alten Polizeistaate, der da in jedem nur den „Untertanen“, nicht den freien Bürger sieht, der da meint, die „Untertanen“ am Gängelbände führen zu sollen und zu müssen. Man klebt noch immer an alten Begriffen und Anschauungen, die da früher jede Vereinigung als eine verbrecherische Um-maßung von Regierungsrechten ansah, als einen Staat im Staate, als unerlaubte Selbsthilfe. Zu einem glatten An-erkennungnis des Rechtes zu freier Vereins- und Versammlungs-tätigkeit hat man sich auch heute in dem neuen Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes nicht aufschwingen können. Und doch, was sollte nicht das freie Vereinsgesetz dem Volke bringen? Gerade dieses wurde als eine liberale Ergründung gezeichnet, als die Frucht der Blockpolitik, die seit einem Jahre durch die brüderliche Vereinigung von Konser-vativen und Liberalen das öffentliche politische Leben beherrscht. Hier in diesem Gesetze sollte sich zeigen, welchen Wert für die freiheitliche Entwicklung Deutschlands die konser-vativ-liberale Paarung habe und bei der Dinerbesprechung von Norderny im Sommer 1907 wurden die Grund-züge des Gesetzes zwischen Bülow und den Führern der Blockparteien vereinbart. Redner geht sodann auf die einzelnen Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes ein, die er scharf kritisiert; er zeigt dabei an zahlreichen Beispielen aus der deutschen Rechtsprechung, zu welchen Schikanen diese Bestimmungen führen können. Der Referent fährt dann fort: Wir haben ja in unzähligen Fällen erlebt, daß Verwaltungsbehörden und Juristen ihren ganzen Scharfsinn aufboten um durch verzerrte Auslegung und Preisung harmloser Vorgänge strafbare Handlungen zu konstruieren und durch diese Auslegung und Preisung eine Schlinge für Ehre und Freiheit der Betroffenen zu schaffen. Was bietet also der Entwurf? Er will es sich nicht nehmen lassen, die Schritte und Tritte der freien Bürger auch fern-hin am Gängelband der Polizeiwilktir zu leiten. Wir sind der Meinung, der wahre freie Staat soll ein lebendiges Ganzes sein, in welchem alle Bürger allein und in Vereinen und Versammlungen zu dem gemeinschaftlichen Gesamtzweck, zur höchsten Entwicklung und Vervollkommenung ihrer materiellen und geistigen Kräfte und zur gemeinschaftlichen Erhaltung der Freiheit zusammenwirken. Alle sollen sich frei und ungehemmt unterstützen können und namentlich für die Erhaltung und Ergründung neuer Rechte und Freiheiten wirken. Können das die Bürger, dann beruht darin gerade die vollste Kraft des Staates, stärken ihn, befähigen ihn, seinen Gesamtzweck zu erfüllen. Je mehr die Bürger durch gegenseitige Aufklärung versuchen, ihre Ansichten, Ge-sinnungen, Forderungen aus Klarheit und Dampffreiheit, aus Selbstsucht und Materialismus herauszuheben und auf das große Gemeinwohl zu richten, je mehr hierzu und zur Ausbildung all ihrer Kräfte Vereine und Versammlungen wirken, je mehr die Freiheit im ganzen Staat, und dessen sämtliche Zwecke in allen Werten und ihren Vereinen und Versammlungen eifrige und stark lebendige Organe findet, um so tüchtiger und mächtiger in der Staat. Für den wahren Staatszweck, nämlich für die allseitige höhere und edlere Entwicklung der Bürger ist eine solche freie Betätigung das wesentlichste. Aber wo will man heute größere Freiheiten der Bürger? Wie wenig will man diesem wahren Staats-zweck heute gerecht werden? Wenden Sie auf Breußen, wo man den breiten Volksschichten noch immer das Wahlrecht verweigert. Da ist es notwendig, daß die Arbeiterschaft sich organisiert, daß sie ihren Willen kundgibt gegen die Femde des Volkes und deren reaktionäre Verneinungen. Heinrich Heine schrieb einmal mit Bezugnahme auf das deutsche Volk: „Hund, du Hund, du bist nicht gesund.“ Er wollte damit kritisieren, daß die Bevölkerung Deutschlands sich nicht als freie Menschen fühlt und betätigt. Zeigen Sie, daß die Arbeiterschaft auf dem Posten ist, daß auf sie Heinrich Heines Wort nicht mehr zutrifft. (Sturm. Beifall.)

Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Der Vorsitzende wies noch darauf hin, daß von den meisten bürgerlichen Parteien die Frage des Vereins- und Versammlungsrechts nur sehr lag behandelt werde. Man interessiert sich kaum für das geplante Unrecht. Eine Versammlung des hiesigen Wahlvereins der Liberalen, also einer Organisation, welche angeblich 1400 Mitglieder zählt, war von ganzen 12 Personen besucht, obwohl auf der Tagesordnung ein Referat über das Vereinsrecht stand. Im Bürgertum denkt man

den, unter den Schikanen, welche als Folge des geplanten Reichsvereinsgesetzes erfolgen werden, haben doch nur die Arbeiter zu leiden, und um die Arbeiter kümmern sich die bürgerlichen Parteien nur zur Wahlzeit. Redner fordert die Anwesenden schließlich auf, für die Verstärkung der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zu wirken. Es wurde sodann folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung ist der Meinung, daß der dem Reichstage vorliegende Vereinsgesetzentwurf in keiner Weise den an ein solches Gesetz zu stellenden Anforderungen entspricht.

Das Recht der freien Verbindung des Menschen mit seinem Mitmenschen für das, was er für gut und richtig hält, für moralische und religiöse, für wissenschaftliche und künstlerische, für wirtschaftliche und politische Ausbildung und Wirksamkeit ist ein Recht der natürlichsten persönlichen Freiheit, dessen uneingeschränkte Ausübung ein unentbehrliches Mittel zu geistiger, wirtschaftlicher und politischer Entwicklung und Erziehung ist. Die im Entwurf vorgesehene Polizeiaufsicht ist ein Hohn auf dieses Recht.

Es widerstreitet allem nationalen Empfinden, Millionen von Volksgenossen den Gebrauch der Muttersprache in Versammlungen zu verbieten. Dies Verbot ist nichts anderes, als ein Verbot, außer die freie Äußerung und Betätigung der der Regierung unliebsamen Opposition fremdsprachlicher Volksgenossen zu unterbinden, die Organisationsbestrebungen der Arbeiter zugunsten des Unternehmertums und zwar insbesondere desjenigen, das Arbeiter mit einer anderen als der deutschen Muttersprache beschäftigt, zu hemmen und die Aufklärungsversuche bei diesen Arbeitern zu hindern.

Die Aufrechterhaltung der landesgesetzlichen Koalitionsverbote für bestimmte Arbeiterkategorien entspringt dem Bestreben, auch fernerhin im Interesse der Ausbeuter, insbesondere der Agrarier, das ländliche Proletariat im Zustand rechtloser Halbheigeigenschaft zu halten.

Die Versammlung fordert in Übereinstimmung mit dem sozialdemokratischen Programm:

Abkündigung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.

Mit einem dreifachen Hohn auf ein freies Vereins- und Versammlungsrecht wurde die imposante Kundgebung geschlossen.

**Die Umwohner der Engelsgrube,** welche durch die famose „Regulierung“ dieser Straße empfindlich geschädigt sind, besprachen in einer Zusammenkunft, welche Dienstag abend in der „Wahnhütte“ stattfand, ihr Ungemach und beauftragten eine Kommission damit, die Beschwerden und die Schädigung der Betroffenen schriftlich zu fixieren. Es soll sodann in einer Eingabe an die Bürgererschaft eine Entschädigung verlangt werden. Da wird Vater Staat wohl ziemlich tief in den Säckel greifen müssen, wenn er den durch seine Verhärde verursachten Schaden decken sollte.

**Erfolglosigkeit der Post.** Erfolg leistet die deutsche Post in gewissen Fällen nicht nur für das Porto, sondern auch für ein etwa vorausbezahletes Gebührgeld, sowie für die Telegrammgebühren bei telegraphischen Postanweisungen. Die bestehenden Vorschriften sprachen sich aber darüber bisher nicht aus, ob auch die Verankerungsgebühr in den Fällen der Erfolglosigkeit wiedererstattet wird. Bei Gelegenheit eines besonderen Falles hat sich das Reichs-Postamt jetzt dafür entschieden, daß auch diese Gebühr dem Absender zurückerstattet wird. Eine entsprechende Änderung der betreffenden Vorschriften der Reichs-Postverwaltung ist für die nächste Gelegenheit vorgesehen.

**h. Unfall oder Verbrechen?** Am Mittwoch vor acht Tagen ging der etwa 40 Jahre alte Invalide S., wohnhaft Wakenigsmann, nach Schlutup, um seinen Eltern einen Besuch abzuwatzen. Gegen 5 Uhr nachmittags trat S. wohlbehalten den Rückweg an, traf aber bis heute weder bei Frau und Kinder ein, noch ist er sonstwo gesehen worden. Ob S., der in den besten Familienverhältnissen lebt, ein Unglück zugestoßen ist oder ob ein Verbrechen vorliegt, kann vorläufig nicht gesagt werden. Bedauerlich ist nur, daß über das auffällige Ausbleiben des Mannes keine Anzeige erstattet wurde.

**Im Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde** beginnt heute abend Frau E. Ebert den Mutterchaftskursus. Die 5 Hauptthemen der Abende sind: 1. Vorbereitung zur Mutterchaft. 2. Die Entbindung des Menschen. 3. Säuglingspflege. 4. Gesunderhaltung des heranwachsenden Kindes. 5. Erziehung. Es sind wichtige Kapitel für jede Frau und Mutter. Bräuten und Großmüttern hat sicherlich die Vortragende auch allerlei zu sagen.

**Stadttheater-Previsiorium.** Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Signorina Francesca Prevosti verabschiedet sich morgen von Lübecker Publikum als Violetta in Verdis Oper „Traviata“. Bekanntlich ist dieses ihre Glanzpartie, welche ihr auch den Beinamen „Die singende Duse“ eintrug. Als Violetta steht Signorina Prevosti als unerreichbar da, deshalb dürfte dieses Abschieds-Gastspiel ein künstlerisches Ereignis bedeuten. — Sonnabend findet keine Vorstellung statt. — Sonntag, um 6 Uhr beginnend, wird nach langer Pause wieder eine jener beliebten Fremden-Doppel-Vorstellungen in Szene gehen. Quartier gelangt die Oper „Mignon“, herauf der wismutische Schwanf „Charles Lante“ zur Aufführung. Da diese Doppel-Vorstellung gewiß wieder sehr gut besucht wird, empfiehlt es sich, Billets schon heute zu bestellen, da dieselben auch von heute ab verausgabt werden.

**Sansa-Theater.** Der gegenwärtige Spielplan, dem von allen Zeitungen das beste Zeugnis ausgestellt worden ist, bleibt bekanntlich nur bis zum nächsten Sonntag; das Theater bleibt dann bis zum 1. Februar geschlossen. Es sei darum auf diese kurze Gelegenheit besonders hingewiesen. Besonders die drei Sterne des Programms, das Gesangsphänomen Stuart, die Bronzeplastiker und die Dressur-Nummer der Kuroffs finden allabendlich den ungeteiltesten Beifall. Stuart hat sich in New-York, London und anderen Weltstädten monatelang gehalten, ein Beweis, daß das Interesse für seine Kunst im Publikum nicht erkaltete.

**s. Gutin.** Ein flüchtiger Diener Gottes. In der benachbarten Gemeinde Neufrieden ist seit dem 14. d. M. der Seelforger, Pastor Jaacks samt Frau spurlos verschwunden. Über den Verbleib des ehrwürdigen Herrn wurden die verschiedensten Gerüchte in Umlauf gesetzt. Nun hat er, so schreibt der „Katholische Anzeiger“, von Hamburg in einem an die großherzogliche Regierung in Gutin gerichteten Schreiben ausdrücklich sein Amt niedergelegt und ist in Begleitung seiner Frau unter fluchtartigen Erscheinungen auf Reisen gegangen. Man ist hier allgemein der Meinung, daß Pastor J. sich nach Amerika gewendet hat. Diese Vermutung wird noch dadurch bekräftigt, daß er durch allerlei vornehme Passionen, die durchaus nicht mit seiner geistlichen Würde in Einklang standen, in eine mißliche Vermögenslage geraten war. (Man spricht hier von 50 000 Mk. Schulden). Dies ist umso mehr zu verwundern, wenn man bedenkt, daß Pastor J. neben den vielen Gebühren für besondere Amtshandlungen ein Jahreseinkommen

von 8000 Mk. bezog. Den Plan zur Flucht scheint er schon seit langem vorbereitet zu haben, denn er hatte seine Gläubiger mit guten Versprechungen hingehalten und ihnen einen Tag als Zahlungstermin genannt, an dem er schon längst das Weite gesucht hatte. Für die zahlreichen Leidtragenden dürfte wohl kaum noch etwas zu haben sein, da eine Masse nicht vorhanden ist und das tote und lebende Inventar seit Jahren verpöntet war.

**Hamburg.** Gegen den reaktionären Reichsvereinsgesetzentwurf, wie er dem Reichstage vorliegt, erklärten sich am Dienstagabend 16 Volksversammlungen im Hamburger Stadt- und Landgebiet und eine Anzahl weiterer Versammlungen in Ottenfen, Wandseebek und dem umliegenden preußischen Gebiet. In allen Versammlungen wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 21. Januar 1908 stattfindende Volksversammlung erklärt: Der von der Staatsregierung dem Reichstag vorgelegte Entwurf eines Vereins- und Versammlungsrechtes ist als ein durchaus reaktionäres Produkt zu verwerfen. Die im Entwurf vorgesehene Polizeiaufsicht über Vereine und Versammlungen ist ein Hohn auf das einfachste Recht jedes Menschen, sich mit anderen über die gemeinsam interessierenden Angelegenheiten zu besprechen und gemeinsame Maßregeln zu beschließen. Der Sprachenparagraf charakterisiert sich als ein Mittel gewalttätiger Unterdrückungspolitik und zugleich als ein Aufschlag auf die Organisationsbestrebungen der Arbeiter. Die Aufrechterhaltung der landesgesetzlichen Koalitionsverbote für bestimmte Arbeiterkategorien entspringt dem Bestreben, auch fernerhin im Interesse der Ausbeuter, insbesondere der Agrarier, das ländliche Proletariat im Zustand rechtloser Halbheigeigenschaft zu halten. Die Versammlung fordert in Übereinstimmung mit dem sozialdemokratischen Programm: Abkündigung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.“

**Hamburg.** Mißglückter Raubmord. Dienstag abend kam zu dem Juwelier O. Marquard, Steinmann 23, ein 24 Jahre alter Mann und fragte, ob er nicht einen Ring, welchen seine Mutter im Besitz hat, gegen einen anderen umtauschen könne. Die Frau des Inhabers, welche ihren Ehemann vertritt, gab dem Manne einen zutragenden Bescheid und der Fremde entfernte sich. Gestern morgen um 10 Uhr erwiderte der Mann wieder und sagte der Frau Marquard, seine Mutter hätte diverse Ringe im Fenster gesehen, welche ihr gefielen, ob sie ihm nicht einmal die Ringe zeigen möchte. Frau M. ging bereitwillig auf den Ausbau zu, öffnete denselben und entnahm ihm eine mit Sammet bezogene Kiste mit wertvollen Ringen. Als Frau M. nun mit dem Kopf aus dem Ausbau heraus kam, erhielt sie von dem Unbekannten drei wuchtige Schläge mit einem ca. 80 cm langen sogenannten Kuhlhu. Die Frau war für einen Moment einer Ohnmacht nahe, hatte aber schon im nächsten Moment ihre Bewußtlosigkeit wieder gewonnen und verlor die Ladentür zu erreichen. Da packte der Mann Frau M. an und schlug noch einmal mit dem Jadenende des eisernen Futiments in das Gesicht der Frau. Gleichzeitig hatte er die Hand der Frau erfaßt und ihr einen Daumen angedreht. Nun schrie Frau Marquard laut um Hilfe. Der Unhold befürchtete, gefaßt zu werden, und ergriff die Flucht. Eine wilde Jagd begann. Passanten, Schutzleute zu Fuß und zu Pferde beteiligten sich an der Verfolgung, welche auch von Erfolg gekrönt war. Der Menschenmörder hinter dem Räuber wurde dichter und zuletzt stellte sich letzterem ein herrittener Schutzmänn in den Weg. Der Verfolgte sah keinen Ausweg mehr, zog aus der Tasche einen Revolver und versuchte denselben abzufeuern. Ein Schutzmänn fiel ihm in den Arm und verhielte so noch größeres Unheil. Der Räuber wurde der Wache zugeführt. Es ist ein 24 Jahre alter Glaier Otto Hinge, wohnhaft Rosenhofstraße 11, l. In seinem Besitz fand man einen Pfandchein über einen verletzten Brillantring, mit 70 Mk. beliehen. Der Revolver war mit fünf scharfen Patronen geladen. Hinge gibt an, nicht die Absicht gehabt zu haben, zu morden, sondern er wollte die Frau nur betäuben. Die Kiste mit den Ringen hatte er bei sich.

**Obeskor.** Genosse Maurer, einer der eifrigsten Förderer unserer Bewegung am hiesigen Orte, ist am Sonntag gestorben. Maurer war überall dort zu finden, wo es galt für die Partei zu arbeiten und zu wirken. Ehre seinem Andenken.

**Glensburg.** Schwere Explosion. Auf dem Glensburger Dampfer „Prima“ erfolgte gestern nachmittags im Hafen von Windau eine Explosion, bei der der Assistent Cassen-Glensburg getötet wurde.

**Bremen.** Kopf ab. Das Schwurgericht verurteilte gestern den Angeklagten Wohl, der am 25. August 1907 zu Bremen den Gärtner Lankau vorsätzlich ermordet und zerstückelt hatte, zum Tode.

### Aus dem Gerichtssaal.

**Verabschiedete Stellvertreter.** Vor einigen Wochen berichteten wir über das „schneidige“ Vorgehen des Kapitulant Werner Kettig von der 10. Kompanie des Regiments „Hamburg“. Er hatte als Rekrutengeleiter sich vorchriftsmäßige Behandlung und Beleidigung sowie verübte Nötigung und Bedrohung eines Untergebenen zu schulden kommen lassen, wofür ihm 2 Monate und 1 Tag Gefängnis zuerkannt wurden, während der Feldwebel O. wegen Verletzung der Aufsichtspflicht mit 1 Tag gefindener Arrest davon kam. Gegen dieses Urteil ist von beiden Seiten Berufung eingelegt worden. Kettig, der bekanntlich einen jüdischen Einjährig bis aufs Wort gequält und ihn unter Drohungen von der Meldung zurückzuhalten versuchte, will in Rücksicht auf die militärische Disziplin stramm vorgegangen sein. Dem Feldwebel wird nachgewiesen, daß er selbst verbotene Übungen vorgenommen hat; er sucht den R. damit rauszureißen, daß er den Einjährig für einen außerordentlich schlappen Soldaten erklärt. R. ersucht um eine gelinde Strafe, damit er bei der — Schutztruppe weiter dienen könne. Der Ankläger beantragt gegen beide Angeklagte, die inwischen den bunten Rock haben ausziehen müssen, die Bestätigung des erstinstanzlichen Urteils. Das Oberkriegsgericht des 9. Armeekorps (Altona) verurteilte Kettig zu zwei Monaten und zwanzig Tagen Gefängnis und den Feldwebel zu sieben Tagen gefindener Arrest. Beide haben mithin eine kleine Zulage erhalten. —

**Reparierte Streikbrecher.** „Ehre“. Die Aussperrung der Stahlarbeiter der Firma Dillgeist in Lauterberg i. S., die nach 5 Monaten zähen Kampfes mit der Niederlage des Unternehmers endete, hatte am Sonnabend ihr im Staate der königl. preussischen Arbeiters-Fürsorge unermessliches gerichtliches Nachspiel. Wegen sog. Verleumdung von 24 aus Hamburg nach dem Harz transportierter Streikbrecher — von den 300 ausgesetzten selber waren bis zur Beendigung des harten langen Kampfes nur fünf Mann abtrünnig geworden — hatte sich vor dem hannoverschen Schöffengericht Genosse Thomaer, mitverantwortlicher Redakteur des „Volkswillen“, unter dem dortigen Parteiblattes, zu verantworten. Für die „dem Staat besonders nützlichen Elemente“ focht natürlich der öffentliche Ankläger. Die „Verleumdung“ wurde erblüht in

einem mit der Spitzmarke „24 Streikbrecher — 3 Tage Arbeit — 4 Unfallverletzte versehenen Artikel des „Volksw.“ im September vorigen Jahres. In dem Artikel wurde warnend hingewiesen auf die „ernten gesundheitlichen Gefahren für unsere heimische Bevölkerung“, die „mit dem Import solcher Elemente, bei denen kaum die Spur von Feindschaftsbedürfnis vorhanden, verbunden“ sei. Außerdem war zur Charakterisierung der Streikbrechertuppe von deren Herkunft aus dem Hamburger Kaschemmerviertel die Rede. Der Staatsanwalt hatte als Zeugen den Gendarmeriewachmeister Böhm aus Lauterberg laden lassen, der bekannt ist durch seine amtsgewohnheitsvollen Liebesdienste gegen einen dortigen Fabrikanten, dem er nach Feststellung der Göttinger Strafkammer die polizeiliche Mitgliedsliste des Bergarbeiterverbandes ausgeliefert hatte. Durch die Aussagen dieses Wachers hielt der Gerichtshof die Angaben des inkriminierten Artikels für widerlegt. Genosse Thomaer beantragte vergeblich die Ladung einer ganzen Reihe von Zeugen, um den Wahrheitsbeweis für die Behauptungen des Artikels zu führen. Das Gericht lehnte die Ladung sämtlicher Entlastungszeugen ab und erkannte gemäß dem Antrage des Staatsanwalts auf 200 Mark Geldstrafe. Die Strafe wurde so hoch bemessen, weil die Arbeitsmängel des gerichtlichen Schutzes besonders würdig seien! Nur Klassenjustiz kann sich eine solche Begründung zu eigen machen. Die nach der Beendigung des Kampfes erfolgte Kündigung sämtlicher 24 Streikbrecher durch die Firma Dillgeist bekundet eine andere Meinung von der „besonderen“ Streikbrechertüchtigkeit.

**Eine Staatsaktion gegen Witzblätter.** Dem Wühlhäusler satirischen Wochenblatt „Der's Elßak“ ist vom Ministerium die Verfügung zugekommen, daß, infolge des politischen Charakters des Blattes, sein Weitererscheinen in seinen bisherigen Tendenzen nur unter Stellung einer Kaution möglich sein wird. Dies auf Grund des Preßgesetzes für Elßak-Lothringen, dem jede politische Zeitung unterworfen ist. Herr Elßak, der Herausgeber, hat daher, um jeden Konflikt mit der Staatsanwaltschaft zu vermeiden, das Erscheinen der dieswöchentlichen Nummer aufgehoben, bis die Kautionstrage eine Entscheidung gefunden hat. Es berührt eigentümlich, daß die Behörden erst jetzt, nach fast halbjährigem Erscheinen des beliebt gewordenen Blattes, die Entdeckung gemacht haben, das Blatt sei den Kautionbestimmungen des Preßgesetzes zu unterwerfen. Ein ähnliches Vorgehen soll gegen das andere Witzblatt „Der Victori“ erfolgt sein, dessen Herausgeber Kuetlich wegen Majestätsbeleidigung verhaftet wurde. Die Beleidigung soll um mehrere Wochen zurückliegen. Auch hier muß man fragen: Warum denn jetzt auf einmal? Die „liberale Wra“ läßt sich im Elßak, wie es scheint, besonders gut an.

**Ein großer Spielerprozeß** beschäftigt zur Zeit das Amsterdamer Gericht. Der Prozeß richtet sich gegen Mitglieder eines „Club de bionnaissance“, in dem seit Jahren hoch gespielt wird. Der Gründer des Clubs ist ein Deutscher, namens Volger. Der Club hat in London, Ostende und Westdeutschland Vertreter, die Spieler, auch Offiziere, aller Nationalitäten heranschleppten. Auch aus Köln, Wiesbaden und Dortmund treten Spieler als Zeugen auf, die hohe Summen verloren haben. So verlor, laut „Vol. Anz.“, ein Herr Kouffewer etwa 100 000 Francs. Der Club wurde von der Polizei aufgehoben. Die Zeugen bekunden, daß in Holland mehrere Clubs bestehen, die unter dem Namen „Geselligkeit“ Salsardierte treiben.

### Aus Nah und Fern.

**„In Eifer oder Leder einheiraten.“** In einer der letzten Nummern des liberalen „Prager Tageblatt“ befindet sich nach Mitteilung des „Deutschen Volksboten“ nachziehende, die Heiligkeit der Ehe illustrierende, durchaus ernst gemeinte Anzeige eines heiratssüchtigen Juden: „Suche für meinen sehr angenehmen und geachteten jüngsten Bruder passende Partie. Derselbe ist 30 Jahre alt, groß, fesch, bzr. Vertreter einer Eiferfabrik, 4000 Kr. Selbsterspartes, und würde am liebsten in Eifer oder Leder einheiraten. Anträge unter Schiffe“ usw.

**Eisenbahnunglück in Hanau.** Dienstag vormittag 5 Uhr 35 Min. fuhr auf dem Bahnhof in Hanau der Personenzug 436 von Erbach bei der Einfahrt in das Geleise 3 auf eine auf diesem Geleise haltende Maschine mit Packwagen auf. Die Maschine und der Packwagen entgleiteten und wurden stark beschädigt. Elf Reisende und drei Bedienstete sind leicht verletzt worden. Die Verletzungen sind Kopfverletzungen und Hautabschürfungen. Die Geleise Hanau-Wabenhäusen waren auf etwa drei Stunden gesperrt.

**Vom guten Magen des Vatikans.** Sieben Erzbischöfe Bayerns veröffentlichten zurzeit in der Zentrumspresse einen Diktandbrief, worin die Katholiken aufgefordert werden, schon jetzt für das am 18. September zu feiernde goldene Priesterjubiläum des Papstes zu rüsten. Drei Seiten lang wird die Heiligkeit des Papstes gepriesen. Doch das ist nur die Einleitung zu der am Schluß des Diktandbriefes folgenden Aufforderung, dem heiligen Vater in Rom „mit opferwilligen Gaben in seinen gegenwärtigen Bedrängnissen zu Hilfe zu kommen“. Um aber Bedenken wie jene des schwäbischen Bauern zu zerstreuen, der bei einer Wallfahrt nach Rom angefaßt des päpstlichen Palastes erkrankt ausrief: „Derrgottfacka, da hat mi der Gröber aber dummerlechtig an'loga; sagt der, der heilig Vater sei arm und schloß uff Ströh!“ — „Sei, geliebte Diktanden, glaubr es Euren Bischöfen: die Bedrängnisse uneres heiligen Vaters sind groß und seine Mittel gegenüber all den Anforderungen, die aus der ganzen Kirche an ihn herantreten, nicht ausreichend. Darum zeigt Eure Kindesliebe, indem Ihr Euren Vater zu seinem Jubiläum gern von Euren Mitteln zukommen laßt und reichlicher, als Ihr es sonst zu tun pflegt. Jede Gabe ist für sein Schmerzensfüßel sein Trost, und auf jeder, auch der kleinsten Gabe, ruht sein Vaterlegen.“

**Großes Eisenbahnunglück in Oberitalien.** Aus Mailand wird gemeldet: Montag abend gegen 9 Uhr erfolgte in Pont Aquabella ein schweres Eisenbahnunglück. Als der Zug von Mailand nach Rom bis Pont Aquabella gelangt war, fuhr er dort auf einen nach Pavia bestimmten Zug auf, der stehen geblieben war, um das Signal für freie Fahrt abzuwarten. Die Lokomotive des Zuges nach Rom und die letzten Wagen des Zuges nach Pavia stürzten auf das Nebengeleise. In diesem Augenblicke brauste der Zug von Bergamo heran, der mit der Lokomotive und den umgestürzten Wagen kollidierte. Der Zusammenprall war furchtbar. Bisher wurden neun Tote aus den Trümmern gezogen, die zu dem Zuge von Bergamo gehören. Mehrere Verletzte wurden nach den Krankenhäusern Mailands geschafft. Der Schatzminister Caracoma, der sich in dem Zuge nach Rom befand, blieb unverletzt, ebenso mehrere Senatoren, die sich zum Mail-Verzuge nach Rom begeben wollten. Von den bei dem Eisenbahnunglück Verletzten sind bis jetzt 25 geborgen, darunter 22 Tote und drei Schwerverletzte. Die Persönlichkeit einiger Toten und Verletzten ist noch nicht festgestellt. Unter den bis jetzt bekannten Namen befindet

von rein ausländischer. Weiter wird gemeldet: Die Verhältnisse der bisher aus den Trümmern gezogenen, bei dem Eisenbahnunglück in Aquabella umgekommenen, deren Zahl jetzt elf beträgt, sind festgestellt; Ausländer sind nicht darunter. Der Zugverkehr ist nicht unterbrochen. Der Zug nach Rom konnte die Fahrt fortsetzen. Für die Katastrophe verantwortlich zu machen ist nach Meldung des W. L. B., der Weichensteller, der sofort flüchtete und jetzt stechbrieflich verfolgt wird. Seitens der Generaldirektion der Staatsbahnen und des Ministeriums für öffentliche Arbeiten ist eine gründliche Untersuchung über die Ursachen des Unglücks eingeleitet.

### Letzte Nachrichten.

**Braunschweig, 22. Jan.** Anlässlich der heutigen Landtagsöffnung erfolgten Abends gegen 6 Uhr Demonstrationen zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts. Auf dem Schloßplatz vor dem Residenzschloß wurden größere Ansammlungen von der Schloßwache zurückgedrängt. Inzwischen hatte ein starkes Polizeiaufgebot die Verstreuung der Menge versucht und die nach dem Schloßplatz führenden Straßen gesperrt. Die Volksmenge zog unter Hochrufen auf das allgemeine Wahlrecht und Absingung der Marschallaise durch die Straßen nach dem Landtagshaus, wo wiederum größere Demonstrationen stattfanden. Von hier aus begab sich die Volksmenge nach dem Gewerkschaftshaus, wo eine Versammlung stattfand. Die Polizei traf alle Maßnahmen, um den bei Schluß der Versammlung geplanten erneuten Demonstrationen wirksam zu begegnen. (Wohl Polizeiatacken à la Berlin! Red. d. L. B.)

**Berlin (Neumark), 22. Jan.** Im Stadtkreuz tranken zwei Kinder eines Fingelmeisters beim

Schlittschuhlaufen. Der Schauspieler Odten, der die Rettung der beiden Kinder versuchte, erkrankt ebenfalls.

**Strasburg, 22. Jan.** Beim Schlittschuhlaufen sind gestern nachmittag auf dem Kanal Leutnant Straub vom 19. Bionier-Bataillon und Fräulein Dille, die Tochter eines hiesigen Arztes, eingebrochen und ertrunken.

**Mülheim a. d. Ruhr, 22. Januar.** In Drempten wurde der Politzist Kensing, als er einen Bergmann beim Gemüsediebstahl überraschte, von diesem mit einem Stein niedergeschlagen. Dann entließ der Bergmann dem Polizeibeamten seinen Säbel und brachte ihm noch drei lebensgefährliche Kopfwunden bei.

**Nashville (Tennessee), 22. Januar.** Beim Versuch, eine Tabakfabrik in Clarksville durch Dynamit zu zerstören, wurden gestern von den Fabrikmachern zwei Meger getötet und einer verwundet.

### Handels- und Marktnachrichten.

Lübeker Marktpreise vom 22. Januar.

Bauern-Butter Pfd. 1,15-1,25 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,35-1,40 Mk., Käse 3,50-4,00 Mk., Enten 3,50-4 Mk., Hühner 1,80-2,50 Mk., Rillen Std. 1,80-2 Mk., Tauben Stück 0,50 bis 0,60 Mk., Gänse Pfd. 78-80 Pf., Flegelgans 2 Mk., Schinken Pfd. 85-95 Pf., Schweinskopf Pfund 60 Pf., Wurst Pfd. 1,25 Mk., Eier 7 Stk. 60 Pf., Deringe 5 10 Pf., Dorfche genügt, Schwaferfische genügt, Karpfen Pfd. 1 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00-2,00 Mk., Schleie Pfd. 1,40 Mk., Brachsen Pfd. 50-70 Pf., Hechte Pfd. 70 Pf., Karfche Pfd. 70-75 Pf., Aal Pfd. — 100 Pf., Starantschen Pfd. 80 Pf., Gemüse genügend, Blumentohl, d. Kopf 0,30-0,60 Mk., Kohl 100 Pf. — Mk., Gurken 100 Pf. — Mk., Zwiebeln, hiesige Pfd. — Mk., Aepfel, verschiedene pr. 100 Pf. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pf.

— M., Rischen Pfd. — Pfd., Kartoffeln pr. 10 Pfd. 50-60 Pf., Kartoffeln beste, 100 Pfd. — Mk.

### Getreidepreise.

Lübeck, 22. Januar  
Weizen, 115-127 Pfd. holl. 192-215 Mk. Rogg 114-123 Pfd. holl. 185-195 Mk. Hafer nach Qualität 140-165 Mk., hochfein über Notiz. Gerste, nach Qualität 160-170 per 1000 Kilo.

### Butter-Notierungen

b. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein  
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.  
Samburg, 18. Januar.  
1. Klasse 239 Drittel zu 123,29 Mk. im Durchschnitt.  
2. „ 25 „ 124,88 Mk.

### Sternschanz-Viehmarkt

22. Januar.  
Der Schweinehandel verlief ruhig.  
Zugeführt wurden 885 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verlandschwein schwere 54-55 Mk., leichte 54-54 1/2 Mk., Sauen 47-52 Mk. und Ferkel 49-53 Mk. pro 100 Pfund

### Briefkästen.

S. S., Stokkeldorf, Freitag.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Lönig: für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: F. H. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck

Zum 1. Februar ein junges Tagesmädchen gesucht. A. Böcker, Friedenstraße 48.

Chaiselongue von 28 Mk. an, Klappdivan mit Taschen v. 50 Mk. an, Garnituren billig. Johannisstraße 41.

Zu verkaufen ein Damen-Maschinen-Anzug und ein Herren-Fahrrad billig. Bedersgrube 28, II.

**Kopffleisch  
Leberwurst  
Brotwurst**  
sowie jeden Sonnabend  
**Warme Knackwurst.**  
**Heinr. Viereck**  
Hüftraz: 96.

Zu verkaufen ein hellgrauer Kinderwagen mit Gummireifen. Näheres Kottwitzstraße 40, Hinterhaus, pt., links.

Zu verkaufen ein grüner Papagei mit Käfig. Mitterstraße 2 a.

**Die Arbeiter-Garderoben**  
aus dem Spezial-Geschäft von  
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Markt 10.  
Sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:  
Leberhosen . . . 2,20-6,45  
Mauerhosen . . . 2,60-6,75  
Schlosserhosen . . . 1,88-5,25  
Heberhosen . . . 1,08-2,85  
Zwirnhosen . . . 1,64-3,25  
Leinene Westen, Schräge und gerade, 1,28  
Kragen, Hemden, Schlachterjaden, Arbeiterjaden  
Wasser-Mäntel erkannlich billig.  
Küchen von 30 Pf. bis 1,58 Mk.  
Note Lub-cawarfen.

**Geschäfts-Verlegung.**  
Meiner werthen Kundschaft von Lübeck und Umgegend zur Nachricht, daß ich mein **Barbier- und Friseurgeschäft von Bedersgrube 38 nach Bedersgrube 31** verlegt habe.  
Für das mir bisher erwiesene Wohlwollen bestens dankend, ersuche ich höflich, mit demselben auch in meinen neuen Geschäftsräumen erhalten zu wollen.  
Ich empfehle mich mit vorzüglicher Hochachtung.  
**Fr. Lampe, Barbier- und Friseurmeister.**

Einem geehrten Publikum teile ich ergebenst mit, daß ich in dem früher der Firma Rud. Kracht gehörenden Hause **Katzburger Allee 40** ein Geschäft in **Kolonial-, Eisen- und Kurzwaren, Hausstandssachen, Farben, Tabak und Zigarren** unter der Firma **Max Petersen** vollständig neu eingerichtet und soeben neu eröffnet habe.  
Ich bitte, mein Unternehmen durch Zuwendung von Aufträgen gütigst unterstützen zu wollen, die ich gewissenhaft und zu billigen Preisen ausführen werde.  
Hochachtungsvoll  
**Max Petersen, Katzburger Allee 40. Fernruf 824.**

Empfehle für Freitag und Sonnabend:  
**Flomen**  
in vorzüglichster Qualität, extra dick und körnig  
infolge bedeutender Schlachtungen das Pfund ausnahmsweise mit  
**65** Pfg.  
**Thüringer Wurst- u. Fleischkonservenfabrik.**  
Aug. Scheere.  
Detail-Geschäfte:  
**Holstenstrasse 19.** Fernsprecher Nr. 8972.  
**Mühlenstrasse 20.** Fernsprecher Nr. 8975.  
**Breitestrasse 44.** Fernsprecher Nr. 8974.  
**Hüxstrasse 22-24.** Fernsprecher Nr. 8977.  
**Warendorpstrasse 21.** Fernsprecher Nr. 8976.

Durch unseren Verlag zu beziehen:  
**„Bilder aus Lübeck's Vergangenheit“.**  
Zusammengestellt von **Theodor Schwarz.**  
Aus dem Inhalt des 639 Seiten umfassenden Werkes heben wir das Nachstehende hervor:  
Das „wendische“ (Alt-)Lübeck an der Schwartau. — Das „welfische“ Lübeck. — Das „kaiserliche“ Lübeck. — Das „reichsfreie“ Lübeck. — Das „hanfische“ Lübeck. — Die ersten bürgerlichen Unruhen in Lübeck. — Der große nordische Krieg. — Jürgen Bullenwever. — Lübeck's letzter hanfischer Krieg. — Die Kaiserlichen Unruhen. — Der große Bürger-Reiz von 1669. — Gotteslästerungs- und Hexenprozesse in Lübeck. — Die Lübeckischen Zünfte. — Die Gesellenverbände in Lübeck. — Lübeckische Sagen u. Volkspoesien. — Das kaiserlich-französische Lübeck. — Nach der Restauration. — Ueber die Zustände der inneren Stadt im vierzehnten, sechszehnten und achtzehnten Jahrhundert nebst einer Schilderung des Stadtbildes am Ende des achtzehnten Jahrhunderts.  
Preis: brosch. Mk. 4.—, geb. in Leinwand. Mk. 5.—  
oder in 20 Lieferungen à 20 Pfg.  
**Friedr. Meyer & Comp.**  
Buchdruckerei und Verlag des „Lübeker Volksboten“  
Johannisstraße 46.  
Bestellungen werden von unseren Kolporturen zu jeder Zeit entgegen genommen.

**Achtung!**  
**Postdienerarbeiten!**  
**Sektions-Versammlung**  
am Freitag, 24. Januar,  
abends 8 1/2 Uhr,  
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.  
Tages-Ordnung:  
Innere Sektions-Angelegenheit.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Der Vorstand.  
**Achtung!**  
**Fabrikarbeiterverband.**  
Zahlstelle Rensfeld.  
Die Auszahlung der Erwerbslosen- und Krankenunterstützung erfolgt nur Sonnabends abends von 7-9 Uhr im Gasthof „Transvaal“.  
Die Bevollmächtigten.

**Hansa-Theater**  
Theater Variete 1. Ranges.  
Die großen  
Welt-Attraktionen  
**Stuart \* Renroff**  
**Olympiers**  
und das übrige Programm.  
Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

**Stadt-Theater.**  
(Provisorium)  
Direktion: L. Florowski.  
Freitag, den 24. Januar. 7 1/2 Uhr.  
55. Abom.-Vorst. 17. Freitag-Ab.  
Leichtes Gastspiel von  
Signora Prevosti.  
**Traviata.**  
Oper in 4 Akten von Verdi.  
Sonntag, Abends 6 Uhr. Gr. Fremden-  
Doppel-Vorstellung zu einfachen Preisen:  
**Mignon.**  
Oper in 3 Akten von H. Thomas.  
Hierauf: **Charleys Tante.**  
Schwank in 3 Akten von H. Thomas.

## „Schwerer Aufruhr“ in Oberschlesien.

Vor dem Schwurgericht in Bentzen (Oberschl.) gab dieser Tage ein Nachspiel zum ober-schlesischen Bergarbeiterstreik vom Sommer vergangenen Jahres. Des schweren Aufruhrs beschuldigt waren der 26 Jahre alte Bergmann Pajonk und der 19 jährige Schleppler Cofalka. Sie standen ursprünglich mit anderen Kameraden vor dem Landgericht, des Auslaufs (§ 116 des Reichsstrafgesetzbuches) angeklagt, das Landgericht sah im Verhalten der beiden aber das Verbrechen des Aufruhrs und sie selbst als Rädelsführer an und erklärte sich für unzuständig, so daß nunmehr bürgerlichen Laienrichter über das Schicksal der beiden „schweren Verbrecher“ zu entscheiden berufen wurden. Was hatten die also mit bis zu zehn Jahren Zuchthaus bedrohten, die seit Monaten in Untersuchungshaft saßen, begangen? Nach der Anklage sollten sie am Abend des 2. August v. J. statt einzufahren, auf dem Grubenhofe vor dem Schachtengang mit anderen zusammengekommen haben, den Platz erst verlassen haben, als sie mit anderen von der Polizei vom Grubenhof fortgebracht wurden, draußen vor dem Tor aber der Polizei dann tätlichen Widerstand geleistet bezogen, andere zum Widerstand aufgereizt haben. Die Angeklagten bestritten ihre Schuld entschieden. Sie gehörten gar nicht zu den Streikenden und waren auch am fraglichen Abend zur Nachtschicht eingelangt, waren damit aber, als sie am Schachtengang streikende fanden, von welchen sie Prügel fürchteten. Sie sind nach ihrer Behauptung sogleich nach der Aufforderung des Berginspektors an die Nichtzufahren, den Grubenhof zu verlassen, fortgegangen, draußen aber von Polizeibeamten gefaßt und geschlagen und ohne daß sie irgendeinen Widerstand leisteten, verhaftet worden. Auf der Polizeiwache wollten sie dann noch erheblich mißhandelt worden sein, auch wurden dem Pajonk die Handschellen so stark angezogen, daß er laut schrie.

Nach den Aussagen der Beamten der in Betracht kommenden (fiskalischen) Steinkohlengrube „König“ (Königshütte) waren die Vorgänge auf dem Grubenhof an jenem Abend recht harmloser Natur. Allerdings wurden einzelne der Ausführenden von Streikenden durch höhnische Jurufe belästigt, sonst aber war alles ruhig. Der Berginspektor Steiner forderte denn auch den mit einem Trupp Beamten auf dem Grubenhof zur Wiederherstellung der Ordnung erscheinenden Polizeieinspektor von Königshütte auf, den Platz zu verlassen, da er, wie Zeuge vor Gericht erklärte, vermeiden wollte, daß die Leute durch das Einschreiten der Polizei nur gereizt und erregt wurden. Dies verständliche Verhalten des Berginspektors hat ihm, wie sich auch in der Schwurgerichtsverhandlung zeigte, die Polizei sehr übel genommen und auch der Staatsanwalt konnte es sich nicht versagen, den königlichen Bergwerksbeamten ob seiner entschiedenen Ablehnung polizeilicher Hilfe sanft zu tadeln. Wäre der Herr Berginspektor nur bei seiner Ablehnung geblieben, es wäre kaum zu irgendeinem „Aufruhr“ gekommen. Aber als die Zahl der nichtzufahrenden Bergleute auf dem Grubenhofe sich erheblich vergrößerte, ließ er die sich im übrigen ganz ruhig verhaltenden Leute, weil sie nicht gleich der Aufforderung eines Steigers, fortzugehen, gefolgt waren, mit polizeilicher Hilfe vom Hofe treiben. Und nun begann die Polizei eine Attacke auf die Hinausgetriebenen, die sich mit den vor der Grube Stehenden zu

einem Haufen von angeblich 600 bis 700 Menschen vereinigten und der Polizei Widerstand leisteten, als diese die Leute nach der Stadt zu treiben wollte. Der Polizeieinspektor schilderte vor Gericht mit dem Gebaren eines großen Schlachtenlenkers, rote er die Masse in mehrere Teile sprengen und diese in verschiedene Richtungen treiben ließ. Dabei sollen mehrere Ziegelstücke aus dem Haufen geflogen sein, ohne aber nennenswerte Verletzungen der Beamten herbeizuführen. Dem Angeklagten Pajonk wird von einigen Beamten vorgeworfen, daß er als einer der letzten vom Grubenhofe gedrängt wurde und draußen gegen die Beamten einige Drohworte ausließ, doch kann niemand angeben, wie diese Worte lauteten!

Das ist in der Tat alles, was die Beweisaufnahme, die Aussage von zwölf polizeilichen Zeugen, gegen diesen „Rädelsführer bei einem Aufruhr“ zutage förderte.

Bezüglich des anderen „Rädelsführers“, des 19 Jahre alten Cofalka, behauptete ein Polizeibeamter, daß jener ihm den Helm vom Kopfe gerissen und geschimpft, auch die Menge zum Bleiben aufgefordert habe! Der angegriffene Beamte kam nicht zur Verhaftung seines Angreifers, gab aber Befehl, ihm „den Mann in dem hellen Anzug“ zu greifen und zur Wache zu schaffen. Auch in der Schwurgerichtsverhandlung behauptete der Zeuge, Cofalka, den er genau wiedererkenne, habe einen hellen Anzug getragen, während dieser durch andere Zeugen bewiesen, daß er an jenem Abend einen schwarzen Anzug getragen hatte. Andere polizeiliche Zeugen bezeichneten die Farbe des Anzugs als grau, grünlich, grünlich, einer behauptete, ein gekästeltes Muster gesehen zu haben — alles an einem Sommerabend nach 9 Uhr, bei ungewissem, künstlichem Licht, in einer wildwogenden Menschenmenge. In das Polizeigefängnis aber wurde C. nach Aussage des Gefängnisbeamten in einem dunklen Anzug eingeliefert!

Trotz der mehr wie dürftigen Ergebnisse der Beweisaufnahme hielt der Staatsanwalt die Anklage aufrecht und milderte sie nur insofern, als er den älteren der beiden Angeklagten nicht mehr als Rädelsführer, sondern nur noch als einfachen Aufruhrer anziehen wollte. Eine Ursache zum Streik konnte der Staatsanwalt nicht erkennen, die fiskalischen Gruben zahlten die höchsten Löhne in Oberschlesien, und deshalb habe dieser Streik „ein ganz außergewöhnliches Maß von Unabkärbarkeit der Arbeiter gezeigt!“ Und während die schwächlichen armseligen Gestalten der beiden ober-schlesischen Proletarier auf der Anklagebank immer mehr in sich zusammensankten, ihre blaffen, stumpfen Gesichter sich immer mehr vornüberneigten, rollten die Donnerworte des Staatsanwalts über ihre Köpfe hinweg in den Saal und gaben ein schreckenerregendes Bild von den Gefahren, welche Staat und Gesellschaft bedrohten, wenn solche Verbrecher nicht von der ganzen Schwere des Strafgesetzes betroffen würden. Die Bemühungen der Verteidigung, der Anklage die Grundlage insofern zu entziehen, als es sich bei jener Ansammlung von Menschen auf und vor dem Grubenhof keineswegs um eine öffentliche Zusammenrottung im Sinne des § 115 des Reichsstrafgesetzbuches, sondern nur ein Zusammenströmen von Neugierigen, also höchstens um einen Auflauf gehandelt habe, vereitelte der Vorsitzende des Gerichts in seiner Rechtsbelehrung an die Geschworenen mit der juristischen Darlegung, daß die strafbare öffentliche Zusammenrottung nicht von vornherein vorhanden sein müsse, sondern während und nach der Ansammlung durch eine inzwischen entstehende rechtswidrige Absicht der Versammlung entstehen, diese zu solchem strafbarem Zwecke zusammenhalten könne.

Die bürgerlichen Geschworenen, meist aus Unternehmern, Bergwerksbeamten usw. bestehend, sprachen das Schuldig über beide Angeklagte aus und verneinten nur die Rädelsführerschaft. Das Gericht verurteilte darauf den 19jährigen Cofalka wegen Aufruhrs zu einem Jahr drei Monaten, Pajonk zu neun Monaten Gefängnis.

Derartige Urteile wirken naturgemäß aufreizend und hämmern hoffentlich den leider noch der modernen Arbeiterbewegung Fernstehenden die Notwendigkeit, der Organisation beizutreten, ein.

## Soziales und Parteilieben.

**Sächsische Staatsrettung.** Wie Staat und Polizei den Arbeitswilligen und Unternehmern beibringen, davon gibt ein Streik der Bauarbeiter auf der großen Gashütte in Döhlen bei Dresden wieder drastische Beispiele. Wie immer, wenn irgend in Dresden oder Umgebung die Maurer in einem Kampfe mit einem Unternehmer stehen, über einen Bau die Sperre verhängen, da erscheint die Dresdener Arbeitswilligenkolonne mit ihrem Führer, einem mißglückten Hauspekulanten, auf dem Plan, um im Trüben zu fischen. Diese Kolonne lebt von systematischem Streikbruch. Auch in Döhlen hat sie sich erboten, den Retter in der Not zu spielen. Diese Leute werden morgens in einem besonderen Eisenbahnwagen von Dresden nach Döhlen transportiert, dort von der Polizei in Empfang genommen und nach der Döhlen speziert. Der Heimweg vollzieht sich ebenso. Und dabei handelt es sich bei dem Kampf nicht etwa um Forderungen der Streikenden, sondern um einen Abzug, den die Direktion in der jetzigen teuren Zeit machen wollte. Die schwarze Kolonne bekommt sogar 53 Pf. pro Stunde, während die eingereichten Maurer, die jahrelang auf der Döhlen gearbeitet haben 42-45 Pf. erhielten. Der Direktor erklärte, auf einige Tausend Mark käme es ihm in diesem Fall nicht an. Ein echter Scharfmacher, dieser Herr Direktor, und das wird noch indirekt von Staat und Polizei unterstützt — natürlich im Interesse der Ordnung und Sicherheit des Staates.

**Freimünne Parität.** Wie seinerzeit mitgeteilt wurde, hat der Vorsitzende der Berliner Landesversicherungsanstalt, Herr Dr. Freund, eine freimünne Leuchte, dem Berliner Gewerkschaftshaus eine Hypothek, die von der Versicherungsanstalt bei der Erbauung des Gewerkschaftshauses hergeliehen war, entzogen. Jetzt stellt sich heraus, daß Herr Freund den Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften zur Erbauung ihres Vereinshauses eine größere Hypothek aus den Mitteln der Landesversicherungsanstalt zur Verfügung gestellt hat. Eine wunderbare Parität! — Derselbe Herr hat bisher auch die Auslegung des „Vorwärts“ in den Heftkisten der Versicherungsanstalt verweigert, trotzdem der Ausschuss seine Auslegung in den Heftkisten ausdrücklich gefordert hatte. Jetzt ist diese Aufforderung von neuem in sehr kategorischer Weise vom Ausschuss gestellt worden und man darf gespannt sein, ob der freimünne Arbeiterfreund, wie er sich selbst gern nennen hört, seiner Pflicht nachkommen wird oder seinem blinden Sozialitenhaß nach wie vor die Jügel schiefen läßt.

**Versammlung finnischer sozialdemokratischer Journalisten.** Am 28. und 29. Dezember 1907 hielten die finnischen sozialdemokratischen Journalisten in Tammerfors eine Versammlung ab und beschlossen, einen Verein zu gründen und sich den sozialdemokratischen Gewerkschaften anzuschließen. Die sozialdemokratische Presse Finnlands zählt bereits 20 politische Zeitungen mit 120 000 Abonnenten nebst 7 Gewerkschaftsorganen mit 11 550 Abonnenten. Außerdem erscheinen zwei wissenschaftliche Journale — „Sozialisten“ in Helsinki und „Folktribunen“ in Schwedisch. Das Zentralorgan der Partei „Törmies“ in Helsinki hat 27 000 Abonnenten. — Die Journalistenversammlung beschloß, eine Stipendientafel zu gründen, um den Mitgliedern Reisekosten zu weiterer Ausbildung im Auslande zu gewähren.

## König Jakobs letzte Tage.

(Ein historischer Roman von Theodor Mügge.)

Der geschmeichelte Diener verzog wohlgefällig sein breites, blattennarbiges Gesicht. „Wie es damals war, wird es nicht wieder“, sagte er kopfschüttelnd. „Als wir den Herzog Monmouth jagten, hatte ich ein Häuflein zusammen, das den Teufel aus der Hölle geholt hätte, wenn er seine Nase in die Verschönerung steckte.“

„Und wo sind sie geblieben?“ fragte Jeffreys, mühevoll mit den Augen zinkernd.

„Teils erschlagen von rachsüchtigen Rägern, erwiderte Tornton, teils zu Krüppeln gemacht in blutigen Balgereien, teils wegen kleiner Fehler auf des Königs Heerstraße aufgehängt oder deportiert.“

„Nun“, rief der Kanzler, „es war ihr Schicksal, sie sind gut aufgehoben. Leider ist der Nachwuchs schlecht, das ist daran zu bedauern. — Du bist am besten weggekommen, Tornton“, fuhr er auf und abgehend fort. „Ein Auge ist Deine ganze Einbuße, und nun hast Du nichts zu tun, als ein Haus und ein Mädchen zu erwachen.“

„Beides ist freilich keine große Sache, Gue Gnaden.“

„O, Du Narr!“ erwiderte der Kanzler. „Weißt Du nicht, daß nach dem alten Sprichwort leichter ein Mückenstich warm zu bewachen ist, als ein Weib?“

„Dann muß das Weib danach sein“, sagte der Alte.

„Also diese, meinst Du, ist nicht danach?“

„Nein, Gue Gnaden, ich habe sie noch nie lachen gesehen.“

„Das ist ein Vorzug ihrer Ehrbarkeit.“

„Und noch nie ein fröhliches Gesicht.“

„Sie weiß, wohin Du ihrem Vater geholfen hast.“

„Ich habe ihn nicht verurteilt“, sprach Tornton, „aber sie mag glauben, daß ich die Ursache bin; denn immer wendet sie sich fort, wenn ich komme.“

„Sie spricht also nie mit Dir?“

„Weder mit mir, noch mit einem anderen.“

„Gräme Dich nicht darum“, erwiderte Jeffreys lachend, „auch mit mir spricht sie nur mit Ja oder Nein, aber was durchaus nötig ist.“

„Gue Gnaden Güte ist unermesslich“, sagte der Hausmeister; „ich sehe es wohl, wie wenig sie es dankt.“

„Die Menschen sind immer undankbar, Tornton.“

„Aber diese Lady, die nie lacht, nie den Kopf aufhebt, nie einen freundlichen Blick hat, nie fröhlich und leichten Fußes, wie junge Damen tun, durch dies alte Haus eilt, sondern schwarz und schwer wie ein Gespenst durch Zimmer und Gänge wandelt, ist abgestorben für alle Empfindungen.“

„Für alle Empfindungen!“ murmelte der Kanzler.

„Es muß ein Hölleleben sein, immer in dies finstere, finstere brütende Gesicht zu sehen.“

„Du möchtest es nicht, Tornton?“

„Nicht um alle Schätze der Welt“, sagte der Hausmeister sich schüttelnd. — „Sie sieht ihrem Vater so ähnlich, und oft ist es mir, als erblickte ich den alten Edelmann, wie er vor den Geschworenen stand, als ich Zeugnis gegen ihn ablegte.“

„O, Du Narr!“ rief Jeffreys, „rege Dich nicht unnütz auf. Die Toten kehren nie zurück, und dieser alte Grey, dessen ganze Familie in Monmouths Verschwörung verwickelt war, starb, wie sie alle starben, mit einem Fluch über seinen Richter, über mich. Fürchte Dich nicht, ich nehme Deine Schuld auf mich. — Gehe jetzt und schicke Thimble herein, ich will den Schuft sprechen, da es so sein muß.“

Der einäugige Hausmeister ging, und Jeffreys wanderte, die Hände auf dem Rücken gekreuzt, langsam auf und ab. — Sein mächtiger Kopf mit den gemeinen, breiten, röhrenförmigen Zügen neigte sich nachdenkend auf die Brust, hinunter; er lächelte höhnisch vor sich hin und sagte dann zwischen den Zähnen hervor: „Hat sie keine Empfindungen, um so besser. Hagt sie mich, nun sie mag es tun. Mehr als ein Mädchen hat voll glühenden Hasses das Brautbett bestiegen, und beim heiligen Joseph! es macht mir Freude, daran zu denken. Geliebt sein von einem Weibe, ist alltäglich. Die Weiber lieben eher Zehntausend, ehe sie einen von Herzen hassen; aber gehäßt sein mit glühender, rachebürstender Wut und doch sich in Liebe ergeben müssen unter Priestersegen und Orgelklang, das ist beneidenswert, das ist selten und erhaben, das ist ein Triumph, nach dem ich lechze. — Ja, Thimble!“

„Mit diesen letzten lauten Worten wandte sich der Lord

der Tür zu, die er hinter sich öffnen hörte, und plötzlich war sein Gesicht umgewandelt, der böshafte Glanz seiner Augen erloschen. Mit der Würde des Lord-Kanzlers von England ging er langsam auf den kleinen, blaffen Mann los, der sich an der Schwelle ängstlich verneigte und wieder aufrichtete und mit Achselzucken, Seufzern und verstörten Blicken seinem hohen Gönner antwortete, ohne daß dieser ein Wort gesprochen hatte.

„Wahrhaftig!“ rief Jeffreys, „ich habe von Euch Besseres gedacht, Herr Thimble. Ich hielt Euch für einen Mann, der treu und unerschütterlich an seines Königs Sache und an seiner Kirche hängt und eher zu einer Kübe zusammengekrümpt wäre, ehe er losgelassen hätte. — Warum, bei allen Teufeln! habt Ihr in das freisprechende Urteil der Bischöfe gewilligt?“

„Gue Herrlichkeit“, erwiderte der blasse, dünne Mann stotternd — „oh! ich wollte nicht — ich stemmte mich mit aller Macht — mit Händen und mit Füßen, aber —“

„Aber Gueer Wagen, Gue Gefräßigkeit“, fiel der Kanzler ein. „Ihr seht aus wie ein Spulwurm, wie ein Mann, der für elf andere hungern kann, wenn es etwas gilt, und jetzt haben die dicken Goldschmiede und Kohlenhändler in London Euch zu Schanden gemacht.“

„O! wenn's nur der Hunger wäre“, ächzte Thimble, „aber Gue Herrlichkeit wissen nicht, wie das Gewissen mürbe gemacht wird, wenn ein ehrlicher Mann eine ganze Nacht lang unter zehn oder elf Spießhunden sitzt, die mit geballten Fäusten und Zähneknirschen, mit wütenden Flüchen und furchtbaren Redensarten um sich werfen, und draußen heult das Volk, hält Fackeln in die Luft, ruft Hurras für die Bischöfe und Verwünschungen über die Geschworenen.“

„Und dadurch habt Ihr Euch schrecken lassen?“ rief Jeffreys verächtlich. „Dachtet Ihr nicht an mich, an den König, an alle, die Euch schützen können?“

„Ach! Gue Herrlichkeit“, erwiderte Thimble, „sind denn nicht Soldaten, Matrosen, Lords und Herrn und das ganze Land wider Euch in dieser Sache? Wo ist der Schutz, wenn man sieht und hört, wie alle fluchen und schwören, es werde bald der Tag kommen, wo für die Verräter Galgen und Strick bereit sind?“

„Und dazu hat Gueer Hals keine Lust, Ihr Schuft“, sagte der Lord, indem er einen gemeinen Fluch ausstieß. „Ihr wollt ihn retten, weil es Euch scheint, er könnte so

Die sozialdemokratischen Zeitungen und Zeitschriften in Finnland sind nicht Eigentum der Partei, selbst das Zentralorgan „Thömie“ nicht. Sie werden alle von Verlagsgesellschaften herausgegeben. Die Verlagsgesellschaften bestehen aus Arbeitern, die als Anteilhaber in der Art der Aktien-gesellschaften wirtschaften. Die Überschüsse dieser Gesellschaften kommen denn auch nicht der Partei zugute, sondern werden meistens zur Erweiterung der Unternehmungen verwendet. — In der letzten Zeit begegnet man immer häufiger dem Gedanken, daß die Partei schon kräftig genug sei, diese Unternehmungen in solche der Partei zu ver wandeln. Mit der Verlagsgesellschaft „Thömie“ wird das in kürzester Zeit geplant.

**Eine Parteibildungsschule in Paris.** Die sozialistische Erziehungsarbeit hat bisher in Paris ziemlich im argen gelegen. Die Zerfahrenheit und theoretische Konfusion in den Organisationen war die Ursache, aber auch die Folge davon. In den zumeist von der Arbeiterschaft besuchten „Universités populaires“ werden nicht wenig wertvolle Vorträge auch über volkswirtschaftliche Themen gehalten, aber im ganzen gibt dort eine systemlose Aufklärungsmeierei mit anarchistischer Kannegießerei einen gemischten Bildungsalat. Wohl nicht unbeeinflusst von dem Eifer, womit sich neuerdings die um die Revue „Mouvement Socialiste“ gescharte syndikalistische Gruppe der Propaganda ihrer Anschauungen zugewendet hat, hat sich in der letzten Zeit eine Anzahl von Mitgliedern der geeinigten sozialistischen Partei daran gemacht, eine Parteischule zu gründen. Die Aufgabe, die sie sich gestellt haben, ist vor allem praktische Natur. Einerseits sollen die sozialistischen Prinzipien in ihrer, schon vollbrachten oder noch zu vollbringenden Anwendung und in deren verschiedenen Methoden erörtert werden. Als die ersten hier zu behandelnden Fragen nennt das Programm: Gewerkschaftsbewegung und Sozialismus, das Kommunalprogramm, neutrales und sozialistisches Genossenschaftswesen, Antimilitarismus und internationale Aktion. Dieser Kurs, der sozusagen semina-ristische Übungen pflegen soll, wird nur Parteigenossen zugänglich sein. Daneben aber ist noch ein zweiter Kurs er-dichtet, der einen Elementarunterricht in den theoretischen Grundfragen und in der Geschichte des Sozialismus bietet. Dieser ist auch außerhalb der Partei stehenden Personen zugänglich. Vortragende in beiden Kursen sind ausschließlich Mitglieder der Partei. — Die Vorträge sind schon unter großer Teilnahme der Arbeiterschaft eröffnet worden. Sie finden zweimal wöchentlich statt. Der Monatsbeitrag ist 40 Centimes. Offenheitlich wird die Schule die Erlöse haben, die ihre Gründer erhoffen und die lebhafteste Intelligenz der Pariser Arbeiter zu anhaltender systematischer Arbeit erziehen.

## Zum Peters-Prozess.

(Gespräche im Zuhörerraum.)  
Von Paul Kistowsky (Frankfurt).

Was? Wird er verurteilt?  
Wer?  
Der Peters.  
Der ist ja gar nicht angeklagt.  
Aber der Vorsitzende hat ihn ja eben ange-redet:  
„Herr Angeklagter!“  
Er hat sich nur verwirrt, er wollte sagen: „Herr Privatflieger.“ Freilich kann in gewissem Sinne das „Ver-sprechen“ sich doch erfüllen. Wenn auch der Angeklagte von den Angeklagten verurteilt werden sollte, zu einer letzten Geldstrafe, so bleibt doch vor der öffentlichen Meinung Herr Dr. Peters gerichtet. Von Rechts wegen.

Er wehrt sich wie ein Verzweifelter. Das muß man sagen. Sehen Sie, das ist seine Lieblingshaltung: die linke Hand in der Hosentasche, den rechten Unterarm rechtwinklig erhoben, die innere Handfläche nach oben gedreht, den Zeigefinger vorgestreckt, so zielt Peters auf die Gegner ein, in feiner lauten hannoverschen Sprache, und seine energiegelassen grauen Augen gehen mit stechendem Blick über den Zwicker hinweg, der tief auf der Nase sitzt. „Wegen Kurzfristigkeit militärischer“ steht in seinen Personalien. Aber der stille, ernste Pastorensohn, der sich in Afrika als „Herr über Leben und Tod“ fühlte, kehrt doch gern den Feldherrn und Ober-befehlshaber heraus. Zum Beispiel dem Zeugen Wilhelm Heilm gegenüber. „Haben Sie nicht damals das und das getan? Habe ich nicht das und das gesagt? Erinnern Sie sich nicht mehr?“ Der Zeuge kommt kaum zum Antworten vor lauter Fragen. Indessen ist Wilhelm heute wohlbestallter Magistralsekretär, nicht mehr der Unteroffizier der Schutz-truppe, der er am Kilimandscharo in der Peterssituation war. Er ist in Afrika zum Feldwebel aufgerückt. Er hat offenbar viel Selbsterfahrung, er hat „mit den Negersultanen verhandelt“.

gut wie der meiste in Gefahr kommen. — Du bist wirklich ein verdammter kluger Kerl. Meiner Thimble, das gefällt mir. Ich werde dich wieder rufen lassen, wenn ich dich brauche.“

„Gw. Herrlichkeit ist erzürnt gegen mich.“ sprach Thimble demütig, „aber ich bin unschuldig, edler Lord. Ich habe alles versucht und getan, was ich vermochte, habe mich gehemmt, wie ich konnte, habe mich zugerufen, Gott und der König wollen es, daß diese Männer schuldig befunden werden, und dennoch ist das: „Nicht und!“ über meine Lippen gekommen.“ Ich weiß nicht, wie es geschah. Eine Stimme im Innern hat mich getrieben, es war eine Macht, der ich nicht widerstehen konnte.“

„So etwas, was man Gewissen nennt oder der-gleichen.“ rief Jeffreys ironisch. „Ah, ich kenne das! Doch nun geht, mein gewissenhafter Meister, und laßt Euch von dem Hof auf den Schultern durch die Straßen tragen, wie die anderen.“

„Dort hinaus.“ fuhr er fort, als Thimble sich völlig zerschüttert zu dem großen Eingang wandte, „geht der Weg, den Ihr gekommen seid, Tornton wird Euch hinaus lassen.“

„Euer Gnaden.“ sagte der kleine Mann bittend, „ich möchte nicht gern wieder jenen Weg nehmen. Es ist dunkel in dem großen Vorfael, und was ich da eben gesehen habe, jagte mir Schrecken ein, wie ich gern zuge-riehen will.“

„Was habt Ihr denn gesehen?“ fragte der Kanzler.

„Gesehen freilich nicht viel. — Ich saß auf dem Stuhle am Kamin und war, wie ich glaube, beinahe eingeschlafen. Plötzlich hörte ich eine Tür öffnen. Es rauschte wie mit schweren, schließenden Kleidern, und daneben Klang es wie der Schritt eines Mannes, der Sporen trägt und vorsichtig vorwärts schreitet. — Ein Mädchen und Lachen kam aus der Tür.“

„Der Lachte?“ rief Jeffreys.

„Ich weiß es nicht.“ fuhr Thimble fort, „aber sicher war es eine Dame. Eine tiefe, männliche Stimme flüster-te mit ihr, und der Mann mußte sein blankes Schwert in der Hand tragen, denn ich hörte es klirren und in die Scheide rasen.“

„Ihr träumtet!“ sagte der Kanzler ericaunt, „Weder eine

er war selbständiger Höchstkommandierender der vierzig As-karis der Station, und er denkt den „Herrn Reichskommissar“ nicht zu schonen. Das nennt dann Peters' Verteidiger „sub-alterne Animosität“.

Justizrat Sello ist der rosige alte Herr neben Peters, jawohl. Der versteht sein Advokatenhandwerk meisterlich, ober-unningsmeierlich. Diesem eleganten und gewandten Fechter entgeht im ganzen Verlauf des Kampfes keine Wendung, keine Blöße des Gegners, die er tollfächer mit spitziger Klinge trifft, keine schwache Stelle des Klägers, dem er sekundiert, und für den er geschickt einpringt, sobald sein Mandant irgendwie in Bedrängnis zu geraten droht. Wie er die Zeugen ins Gebot nimmt, steht er auf dem Gipfel seiner Leistung. „Sello am Klavier.“ Er prüft den Zeugen im Diktand und dann im Was. Kommt ein wohl-klingender Akkord für seine Partei heraus, so schwebel Sello seelenvoll in den Tönen, er tritt das Pedal und unterstreicht jede günstige Aussage, indem er sie da capo verlangt oder selber repetiert. Klingt aber eine Dissonanz oder Dis-harmonie aus dem Instrument, so vermischt der seine Vir-tuose die Melodie durch ein paar süße Griffe und klappt den Deckel zu. Es ist ein ästhetischer Genuß, zuzuhören, wie er tastet und fingert. Außer allen kleinen Klünften aber ist ihm auch die große Kunst eigen, das Material aufs wirk-samste zu gruppieren, das Wichtigste klar herauszuarbeiten, das treffendste Wort zu wählen, zum scharfen Gedanken das weiche Herz zu gefellen. Er ist zugleich zu sehr Gemüts-mensch, dieser kühle Rechner, daß ihm die schwirrende Saite des Empfindens jederzeit zur Verfügung steht. Wenn er so in Erregung und Wallung kommt, dann flackert und bricht seine Stimme, die Träne quillt, Schluchzen erstickt seine Worte. Wassen Sie auf, wenn er zum Schluß plädiert. Es wird ergreifend.

Sello und Vater Aker! Welch ein Duett! Das glattrasierte Berliner Weltkind, das allerdings bei sittlichen Fragen einen religiösen Grundzug bekundet und von Gott und dem heiligen Evangelium spricht, und diesem hervorragenden Anwalt des Rechts gegenüber der europafremde Missionar, der Vater Provinzial von Sansibar, der mit all seiner from-men Milde und Salbung doch nicht umhin kann, die Handlungsweise Peters' als unmenschlich zu beutachten. Das fällt dem Petersanwalt auf die Nerven. Aker's Miene ist so freundlich und gutmütig wie seine allemännische Mundart. Anderthalb Tugend Jahre im täglichen Verkehr mit den Negern haben dieses gewinnende Lächeln zu einem berufsmäßigen Ausdruck gebracht. „Es ist eine ernste Sache hier, Herr Vater Provinzial. — so ist ja wohl der Titel?“ sagt Sello, der das ewige Lächeln nicht versteht, mit weinerlichem Ton. Es gibt eben zuweilen ganz einfache Dinge, die eine vielseitige Natur befremden. „Ja, mir ist's auch ernst!“, erwidert Vater Aker und lächelt. Das Publikum lacht, und der Vorsitzende läßt den Zuhörerraum räumen.

Sehen Sie, warum lachten Sie! Jetzt sind wir bis morgen ausgeperrt.

Es war zu drollig; ich mußte lachen.  
Aber der Vorsitzende läßt nicht mit sich spaßen. Amts-gerichtsrat Kuhl hat einen strengen Begriff von der Heiligkeit des Gerichts. Er mahnt einmal sogar den Gouverneur v. Bennigsen, er möge bitte, wenn er zum Gericht spreche, — die Hände aus den Hosentaschen nehmen. Der Gerügte erwidert. Er hatte natürlich nicht im Entferntesten auch nur die Spur der Absicht einer Respekt-verletzung. Nichts weiter als eine unbewusste Bewegung, grade beim Überlegen einer wichtigen Frage, bei der man alte klintlichen Angewohnheiten vergrißt. Aber der Vorsitzende will selbst den etwaigen Anzeichen vermeiden, als seien die Parteien vor Gericht irgendwie ungleichbedeutend. Als Peters den Verteidiger Bennigsen einmal ungebührlich anfährt, droht ihm der Vorsitzende mit einer Ord-nungstrafe, wenn er nicht um Entschuldigung bittet. Peters bittet. Wenn neue Zuhörer kommen, läßt sich der Vorsitzende die Eintrittskarten vorweisen. Das hörende Wochen gegen die verhältnismäßig für des Saales veranlaßt ihn, einen Schumannsposken draußen auf-zustellen, der die Unbefugten abhalten und nur den Karten-inhabern die Pforte aufklaffen soll. Ordnung muß sein. Dabei verläumt der Vorsitzende nie, wenn er die neue Sitzung eröffnet, grüßend das Barock zu klaffen. Die Würde schließt die Höflichkeit nicht aus.

Herr v. Bennigsen sitzt dort auf der Anklagebank zwischen Redakteur Brügge mann und Rechtsanwalt Falk. Ganz recht, der mit den vielen Schmissen; auch darin der Sohn seines Vaters, bei dem ja ebenfalls eine ge-walttätige Quaternarbe zeigte, daß man ein flotter Student ge-

Dame noch ein Mann mit Schwert und Sporen kam in dem Saal gewesen sein.“

„Nein, Gw. Herrlichkeit.“ beteuerte der Zeuge, „ich weiß, daß ich wachte. Eine Minute später kam Tornton, um mich zu rufen. Ich saß erdrosselt aufrecht und starrte die Wände an, aber es war nichts zu sehen.“

„Sagte Ihr Tornton davon?“

„Ich erzählte es ihm, aber er lachte mich aus. Ich weiß jedoch, was ich gehört habe, und möchte mit Gw. Herrlichkeit Erlaubnis darum nicht wieder durch den einsamen, finsternen Saal gehen.“

„So wartet, ich will Euch selbst begleiten.“ sagte der Kanzler, und schnell entschlossen nahm er aus einem Fach des Schreibtisches ein Pistol, das dort für den Fall eines plötzlichen Anfalles bereit lag, dann steckte er das Schwert in das Gebel, legte den Hut auf und ergriff einen der silbernen Doppelknechter.

„Folgt mir und schweigt.“ sprach er zu dem furchtamen Thimble. „Wir wollen sehen, ob wir Eure Gespenster finden und fangen können.“  
Mit leisen und vorsichtigen Schritten ging der Kanzler voran durch den finstern Gang, der zum Saale führte, in welchem Thimble sein Abenteuer erlebt hatte. Ebenso vorsichtig, aber mit geheimem Grauen, folgte dieser, obwohl die Begleitung des furchtlosen Lords seinen Mut aufrechtete.

Jeffreys gehörte keineswegs zu den feigen Tyrannen, die mit Lust morden und vernichten, aber vor jeder Gefahr, die ihnen selbst zustoßt, die Flucht ergreifen. Sein kräftiger Körperbau voll Muskeln und Sehnen zeigte keine Stärke an, und mehr als einmal hatte er bei Angriffen auf sein Leben großen, persönlichen Mut bewiesen. Freilich mußte er, daß Bestand ihm nahe war und seine Rache sich sättigen konnte.

So mochte es auch jetzt sein, als er mit gänzlicher Un-beorgnis die schwere Eidentür des Saales öffnete und, den Leuchter langsam emporhebend, das Licht der Kerzen über den hohen, öden Raum flackern ließ. Es war eine jener weiten gewölbten Hallen, die in altertümlichen Gebäuden den Vereinigungspunkt verschiedener Gallerien bilden. Die gotische geschnitzte Decke lief in einen Pfeiler zusammen, der alle ihre Strahlen verband; ein breites Fenster voll dun-ter Glasmalerei sah in den Hof hinaus, an den Wänden

wesen sein kann und dann doch in gereifter Männlichkeit das Gebot der Pflicht als das oberste Gesetz auf sich nehmen. Bennigsen, der Sohn, hat in diesem Fall ein solches Beispiel von Überzeugungsmut und erstem Willen gegeben. Der königlich preussische Landrat, dem die Laufbahn offenstand, ging hinaus in die Kolonien, obwohl er, wie seine abmah-nenden Freunde ihm bezeichnenderweise vorhielten, „ja gar nichts ausgekostet“ hatte. Dort gewann er dann die sach-liche Bestätigung für den unsympathischen Eindruck, den sein Landsmann Peters schon in der Jugendzeit auf ihn bewirkt hatte, sodaß er seinen Vater, der anfangs große Stücke auf Peters hielt, bat, ihm den gesellschaftlichen Verkehr mit Pe-ters zu ersparen. Er kam in Ostafrika zur Überzeugung, daß Peters die deutsche Kolonialpolitik durch sein zielloses Ver-fahren schädige, und so beschloß er, bei jeder Gelegenheit einzugreifen. Er forderte als Gouverneur-Stellvertreter von Deutsch-Ostafrika wiederholt und nachdrücklich, daß das Kolonialamt gegen Peters einschreite. Das Kolonialamt wollte nicht recht an die unangenehme Aufgabe, es schickte den Lärm. Als nun aufs neue die Stimmungsmache für Peters begann, mit der Reichstagsrede des Abgeordneten Dr. Arendt, war Bennigsen mittlerweile zur Journalistik übergetreten, hatte sich in Köln als „Kolonialrat“ der „Kölnischen Zeitung“ ein halbes Jahr lang brav mit der Technik der Presse bekannt gemacht und war dann als Vertreter des Blattes nach Berlin gegangen. Pflicht und Vorsatz bestimmten ihn, alsbald den neuen Peters-Vorstoß abzuwehren. Er schrieb den Artikel, gegen den nun Peters die Klage erhob. Das Vorgehen Bennigsen's war freilich von anderem Gewicht, als wenn bisher sozialdemokratische Blätter gegen Peters Sturm liefen. Ihnen standen erstens nicht die gründlichen Sachkenntnisse zu Gebote wie dem ehemaligen Gouverneur, der zehn Jahre in den Kolonien gewirkt hat, und dann veranzert sie auch ihre Angriffe gegen „Gänge-Peters“ mit Schimpfwörtern, die es dem Gegner leicht machten, eine formale Verurteilung der Angreifer zu erzielen. Das steht diesmal anders. In Bennigsen's Artikel ist es gerade die eifrige Kühle des Urteils und die stittliche Strenge, die ihre Wirkung übt. Ein Irrtum in allerdings, wie es scheint, dabei vorgekommen, insofern der Smithies-Brief nicht „große Ähnlichkeit“ mit dem Zucker-Brief aufweist. Peters tat von seinem Standpunkt klug, daß er sich auf diesen Irrtum stützte, in der Hoffnung, so vielleicht eine Verhaftung Ben-nigsen's herbeiführen und dann triumphierend behaupten zu können, dieser wichtigste Gegner sei geschlagen. Nur daß die Klugheit allein bei der Entscheidung stittlicher Fragen nicht immer das Rechte trifft! Was der Prozeß an Gut-achten von Sachverständigen wieder heraufgebracht hat, das genügt wohl, um die Hoffnungen des Reichskommissars auf Wiederherstellung seiner Glorie weitentfernt herabzuzutimmen. Wie auch das Urteil des Gerichts lauten wird, Bennigsen bleibt makellos.

„Herr Dr. Peters durfte unter keinen Um-ständen ein Mädchen töten lassen, das in seinen Armen geruht hat.“ Auf diese einfache Formel brachte Rechtsanwalt Falk, der bekannte jugendliche Führer, am Schluß seiner großen Rede den gesamten verwickelten Prozeß. Er baute noch einmal in bestimmten, geraden Linien die ganzen vorgekom-menen Tatsachen auf, — es entstand keine Ruhmeshalle für Dr. Peters. Dieser Anwalt hat nicht Sello's Art. Er be-dient sich schlichterer Mittel. Wohl weiß auch er einen Zeu-gen, dem er nicht recht traut, oder einen Sachverständigen, der einer weiten Frage ausweichen möchte, so zwischen Jange und Schraube zu nehmen, daß es kein Entrinnen gibt. Er wehrt alle Angriffe geharnischt ab; er sagt, was ist; er weiß auch bedenklich zu schweigen, wenn er festgestellt hat, was er wissen will. Die Peters'sche Drohung mit weite-teren Auseinandersetzungen „außerhalb des Saales“ focht ihn ebenbürtig an wie Ben-nigsen. Sie schauten beide ihren Herrn Gegner, als er so von fernher die Duellpistole schwenkte, nur mit demselben stumm und vielsagenden Blick an, in dem keine Genußnahme für Peters lag. Der Rechtsweg führt nicht auf den Zweikampflap. Ein verpuffter Peters'scher Knalleffekt.

Eine Reihe interessanter Leute, diese Zeugen und Gut-achter. Da ist Generalleutnant z. D. v. Liebert. Er hält viel von Peters; er möchte retten, was zu retten ist. Der frühere Gouverneur von Liebert und sein Stellvertreter von Bennigsen stehen sich gegenüber. So mögen sie auch schon in der Amtsstube von Daresalaam ihre Meinung über Peters ausgetauscht haben, vor Jahren, nur etwas weniger zurück-haltend, mit intimerer Wertung der Akten, so wie es zwischen den beiden leitenden Männern der Kolonie natürlich war. Auch Herr v. Liebert muß zulegt bekennen, daß sogar er als „Soldat“ in der „Gefahrenzone“ doch persönlich wohl nicht so gehandelt hätte wie Peters im Punkt der Hinrichtung der

hingen verstäubte Ritterbilder zwischen zermürbten Fahnen und mitten darunter erhob sich ein mächtiges Kreuz mit dem rohgezeichneten Wlde dessen, der daran endete. Der Boden des Saales bestand aus grauen und weißen Steinplatten, die zum Teil ausgeprägungen waren, ein ungeheurer Kamin befand sich dem Fenster gegenüber, und vor und neben ihm standen einige schwerfällige Sessel mit hohen Lehnen zum Ausruhen für die Wartenden.

Der Lord beschrieb mit dem Lichte eines Halbkreis und ließ seine scharfen Augen mustern dem Scheine folgen.

„Aus welcher Gegend hörte Ihr zuerst das Lachen?“ fragte er.

„Von dort kam es“, erwiderte Thimble.

„Und jene Tür da, meint Ihr, wurde geöffnet?“

„Jawohl, jene Tür“, Gw. Herrlichkeit.“

„Also die Treppe herauf wären sie beide gekommen?“

„Ich weiß es nicht, gnädiger Herr.“

„Es kann nicht anders sein“, sprach der Kanzler halb für sich. „Aber diese Treppe führt in Tornton's Dienztimmer. Ohne sein Wissen kann niemand in den Gang. — Es scheint mir unglücklich.“

„Es ist aber dennoch so“, beteuerte Thimble.

„Und wohin gingen die beiden Gestalten?“ fuhr der Lord fort.

„Kamen sie Euch näher?“

„Nein, sie schienen an der Wandseite zu bleiben, aber ich weiß nicht, was aus ihnen wurde. Als Tornton mit dem Lichte kam, waren sie verschwunden.“

Ein seltsam wildes Lächeln flog über das rote Gesicht des Kanzlers. „Steigt hinab“, sagte er zu seinem Begleiter, „klopft an Tornton's Tür und bringt ihn herauf. — Nehmt das Licht, Hans Hasenfuß“, fuhr er fort, als er das ängst-liche Gesicht des kleinen Mannes sah, „ich werde mich besser mit der Finsternis vertragen als Ihr.“

Thimble griff dankend mit beiden Händen danach und verschwand. Der Lord hörte ihn die Stufen hinunter poltern, dann ging er durch die finstere Halle auf den Winkel los, den Thimble ihm bezeichnet hatte. Er tappte umher und zog unmutig die Hand von dem Kreuz zurück, das sie ergriff. Leise schritt er weiter, endlich blieb er stehen und suchte an der Wand, bis er mit einem Laut der über-raschung zurück trat. — „Bei allen Teufeln!“, sagte er, „die Tür ist offen. Wer hat das getan? Wer ist der Ver-räter in meinem Hause?“ (Fortsetzung folgt.)

Jagodja. Aber wie andere handeln, das entzieht sich seiner Verantwortung.

Herr Major v. Liebmann. „Ich schreie“ — er stützt den zerbrochenen rechten Arm beim Heben der Schwurfinger in die hohle linke Hand. Seit er bei der Emin-Pasha-Expedition mit Peters Befehl und Erfolg geteilt hat, schätzt er diese „komplizierte Natur“ außerordentlich hoch. Eine „schlaflose Nacht“ gab ihm vor seiner Vernehmung Gelegenheit, sorgsam darüber nachzudenken, wie man die Petersische Handlungsweise beurteilen sollte, die Hinrichtung, wenn Geschlechtliches mit in Betracht kam. Die eine einzige Moral des Vater Meier vermag dieser weltkundige vielgereiste Mann, der die verschiedensten Völker in den verschiedensten Sittenauffassungen beobachtet hat, nicht ohne weiteres anzuerkennen. Die Moral wechselt, sagt er, je nach Land und Leuten, nach Krieg und Frieden, nach den Umständen. Aber mit Ja oder Nein will auch dieser beste Freund Peters' die Frage, ob unter solchen Verhältnissen hingerichtet werden durfte und mußte, nicht beantworten. Es scheint doch unüberwindlich schwer zu sein, subjektiv sich in unterschiedliche Moralbegriffe hineinzuwaffeln, mag man auch theoretisch darüber reden wie über eine philosophische Doktorarbeit.

Herr Bezirksamtmann a. D. v. Spohns. Offizier und Verwaltungsmann, Gerecht und männlich. Darauf bedacht, nicht im entferntesten ungerecht gegen Peters zu werden. Aber im Ehrenpunkt unerbittlich, von einem starken Gefühl geleitet, das sich auch durch seine verständnisvolle Listigkeit breiten läßt. Nein, kein Offizier und Beamter läßt in solcher Laune ein Weib aufhängen. Niemals. Selbstverständlich nicht.

Prof. Dr. Volkens-Dahlem. Er kennt den Kilimandscharo. Er glaubt nicht an die Gefahr, mit der Peters die Hinrichtungen rechtfertigen möchte. Auch nicht an die Wahre-Gefahr. Dieser Negerstamm heißt Wahhehe, auf deutsch: „Hehe-Leute“, weil er jeden Satz mit dem Ruf: „He, He!“ zu schließen pflegt. Das tun auch die Wadshagga, die Dschagga-Leute, in deren Land die Petersstation lag, und zu denen das Dorf des Hauptlings Malamia gehörte, der den Unteroffizier Wilhelm mit Schimpfeien auf die Deutschen traktiert und dabei auf die Niederlage hingewiesen haben soll, die den Deutschen durch die Wahhehe bereitet worden war. Handelt es sich wirklich um ein solches bloßes Mißverständnis, und ist Wilhelm auf diese Weise in diesem Punkte ein Schutzeuge für Peters geworden, weil er die Neger Sprache nicht genau genug kannte? Die Hypothese ist vielleicht doch ein bißchen zu geistig, zu negerphilologisch. Aber das ist ja auch die sittliche Seite der Frage in unseren Augen nicht entscheidend. Gefahr hin, Gefahr her, — mußte das „arme Weib“ von Jagodja den „Kriegszauber“, den sie anstellte, unmittelbar mit dem Leben bezahlen? Obwohl sie vorher als Sultana, Wei oder Freudenmädchen eben recht war? Das ist die nackte Frage, und ihr gegenüber erünnert man sich wieder der fälschlichen Formel.

Freiherr v. Bechmann, der Adjutant Peters'. Galt hat ihn charakterisiert: Ein Freund, auf den man Verge bauen kann, der sozusagen in deutscher Vasallentene den Anteil der Schuld des Führers auf sich nimmt. Aber auch ein Zeuge, auf den man sich entscheidendes Urteil bauen kann? Scharf genug als Beobachter? Unbefangenen genug als Hülsrichter? Verantwortungsbehaftet genug als Kriegsgerichtsbesitzer? Die Frage muß offen bleiben. Jahneke, der dritte Mann des Peters-Gerichtshofs in Maraganu, ist tot. Er scheint schwankend in seinen Aussagen gewesen zu sein. Mir scheint fest als Baron Bechmann. Auch Leutnant Bronsart v. Schellendorf, Generalkonul Dr. Baumann, Schutztruppenhauptmann v. Bülow haben eine wechselnde Haltung in der Beurteilung der Petersischen Taten eingenommen. Bronsart ist unglaubwürdig. (Sagt Peters.) Baumann hat widerufen. „Auf dem Totenbett“, sagt Sello, „he er vor Gottes Thron trat.“ Baumann war nicht mehr im Vollbesitz seiner Geisteskräfte, als er mich beschuldigte. (Sagt Peters.) Aber der Zeuge, Rechtsanwaltschaft v. Dessau, bekundet, Baumann sei intakt gewesen, als er Peters beauftragte; erst später sei er erkrankt. Er war er vielleicht beim Widerruf nicht mehr bei ungeschwächtem Geist? Und Hauptmann Bülow? Bevor er ins Gericht zog, in dem er fiel, also auch „vor Gottes Thron“, hat er Peters' Verhalten ausdrücklich verworfen, das er vorher beschönigte, weil er, der tapfere Draufgänger, der „Bana mumba, der „Her Löwe“, den Dr. Peters für einen von englischer Seite Verfolgten hielt. Wo ist Wahrheit?

Auch Tagebücher haben ihre Signale. Sie können sogar die Schicksale anderer Leute mitbestimmen. Von den Aufzeichnungen des Schriftstellers Kallenberg-Bayreuth gilt das weniger. Ihn entwarfene Sello zweifelt. Erstens mit dem Antrag, man müsse, wenn Kallenberg Sitte aus seinem Buch, erschienen 1893 im Verlag von Soudis, verlesen wollte, das ganze Buch verlesen lassen, das sicherlich sehr interessant sei im Zusammenhang. Bitter ernst regt Sello diesen Vorschlag an. Der Vorsitzende muß den Fall erledigen: „Wieviel Seiten hat das Buch? Zweihundert? Es muß unverlesen bleiben.“ Zum zweiten fragt Sello den Zeugen: „Wie lange waren Sie am Kilimandscharo? Drei Tage? Danke. Das genügt.“ Erinner ist es mit den Tagebuch-Aufzeichnungen des Zeugen Mittelkadt. Er hat Peters' Bravouraktionen und Schwabronnen damals sofort notiert, nicht etwa aus Abneigung gegen Peters. Diese vergilbten Notizblätter wiegen zentnerschwer. Am allerinteressantesten jedoch wurde die Saalgele, als Frhr. v. Bechmann von seinen Tagebüchern zu reden anfing. Er erinnere sich wieder, da er ne durchblättert habe, daß die Jagodja „Kriegszauber“ gemacht habe. „Daua“. — Wirklich und wahrhaftig ganz sicherlich Kriegsda u a? Rechtsanwaltschaft fragt und läßt nicht locker und treibt den Zeugen in die Enge, der bekennen muß, den Unterschied zwischen harantem und gefährlichem Daua nicht näher zu kennen, auch nicht im Tagebuch einen Vermerk über das Dauamachen der Jagodja nachweisen zu können, und der sich schließlich darauf zurückzieht, daß ja auch ein Bruder — oder Onkel — des Hauptlings Malamia erzählt habe, die Jagodja habe „Daua gemacht“, Kriegsda u a. Es wurde tiefstill im Saal bei diesem Abschneit der Verhandlung. „Zur Szene wird das Tribunal“, hat Paul Lindau gelegentlich das Schillerwort umgeprägt.

Uh, — die erste Dame im Zuhörerraum. Bisher glaubten wir, die Frauen wollten sich nicht hineinwagen, und wir verdachten ihnen das Fernbleiben gewiß nicht. Eine junge Dame. Das Grausen, das zuweilen entzieht, erschüttert sie sichtlich. Wenn berichtet wird, wie der Lazarettgeschifte Wiest bei der Hinrichtung die Fußbank wegstoßen mußte, weil der schwarze Soldat sich weigerte, es zu tun, so schaudert alles. Zeuge Kuhnert, der Vater, bestätigt den Vorgang. Er sah die eine Hinrichtung mit an, die des Mabru, weil er ja zu Studien in Afrika weilte. Er hat dann auch später die Grusel gesehen, die von ausländischen Regern begangen wurden, und seitdem hat er sein Urteil

über Peters völlig gewandelt, er hält im Kriege die barbarischste Strenge gegen die Neger für notwendig. Dann wendet sich die Beweisaufnahme andern Dingen zu. Die erotischen Begehungen kommen zur Sprache. Grotzk, wie sie vor Gericht steht. Unsere junge Zuhörerin errötet über und über, das Licht im Saal blendet sie, sie will auf und davon, wir sehen sie in keiner folgenden Sitzung mehr. Sonst hätte sie noch gehört, und ihr Abscheu gegen eine brutale Behandlung der Neger hätte sich durch die Kenntnisnahme verstärkt, daß diese Dschaggamädchen vom Stamme der Jagodja klein und schlank und zierlich sind und von so geschmeidigem Bau, daß sie ein enges, ungeöffnetes europäisches Armband mit Leichtigkeit über die nachgiebige, gelenkige Hand streifen.

Der Prozeß Roeren-Schmidt gab düstere Eindrücke. Vom frühen Morgen bis nach Mitternacht auf einen Sitz durchgeführt, mit zwei Paulen von zusammen zweieinhalb Stunden, brachte er das Afrikanische nur durch die Vertreibungen der Akten an uns heran. Es war eine Strapaze für Parteien, Vertreter, Richter und Hörer. Bezirksamtmann a. D. Schmidt ist kein Peters. Er hat nichts in Afrika getan, was zu einer Bestrafung führen mußte. Immerhin konnten wohl auch in Logo die Prügel und die Lieklosungen sparsamer zugemessen werden. Verurteilt wurde Schmidt, weil er hier in Deutschland feindselig gegen einen „Schwarzen“ auftrat, weil er den Abgeordneten Roeren mit einem „offenen Brief“ heftig angriff, nachdem Roeren ihn, der mit der katholischen Mission in Haber lebte, im Reichstag aufs heftigste angegriffen hatte. Aber Herrn Roeren schließt die parlamentarische Immunität. Im Gerichtsfaal schützte sie nicht gegen die scharfen Erklärungen, die ihm Schmidts Verteidiger und Schmidt selber im Schluswort zu Gemüt führten. Interessanter aber war der politische Nachhall von der großen Auseinandersetzung Roeren-Deinburg, der noch aus dem parlamentarischen Dezembersturm von 1906 in den Kölner Strafkammeraal hereinwehte. Herr Geheimrat Roeren verließ das Gericht mit Erfolg. Die Strafe seines Gegners war verwerflich, die Urteilsbegründung wert günstiger für Roeren als in erster Instanz. Er nahm die Glückwünsche der beiden Missionseigentlichen entgegen, die sich als Zuhörer eingefunden hatten, und griff behaglich zur Zigarre, die er sorgfältig im Vorraum deponiert hatte. Er war in diesem Augenblick anscheinend sehr zufrieden mit sich, mit der Gerechtigkeit und mit dem gesamten dunkeln Erdteil.

Der Fall Roeren-Schmidt ist erledigt. Der Fall Peters' schwebt noch. Ob er je zur Ruhe kommt? Peters wird sein struzale vor ihm nicht so leicht aufgeben. Es werden folgen die Petersprozesse in Berlin und Breslau, vielleicht auch die zweite Verhandlung des Kölner Prozesses. Wer weiß, ob nicht noch mehr. Peters erklärt ja, er klage „überall“. Aber er wird schließlich doch finden, daß er dabei auf wachenden Widerstand stößt, und daß nicht weniger hartnäckig als sein Bestreben, wieder aufzukommen, auch der Entschluß seiner Gegner sich beifügt, der Entschluß, auszuhalten, nach dem Wort Bennigens, im Kampf gegen ein böses Prinzip.

(Fort. 3.)

### Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 22. Januar 1908.

86. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratlich: Fürst Bülow, v. Bethmann-Hollweg, v. Schöner.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Albrecht u. Genossen (SD): 1. Aus welchen Gründen hat der Reichskanzler am 10. Januar im preussischen Abgeordnetenhaus die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf einen Bundesstaat als dem Staatswohl nicht entsprechend bezeichnet? 2. Willigt der Reichskanzler, daß am 12. Januar in Berlin aus Anlaß der zur Propaganda des Reichstagswahlrechts einberufenen Volksversammlungen zum Zweck etwaigen Eingreifens Militär in den Kasernen konfigniert war?

Auf die Frage des Präsidenten Grafen Stolberg, ob er bereit sei, die Interpellation zu beantworten, erklärt Reichskanzler Fürst Bülow: Ich habe folgendes zu erklären: (Ein Manuskript entfaltend.) Die Beantwortung des ersten Teils der Interpellation lehne ich ab, weil der Gegenstand der Zuständigkeit der gesetzgebenden Organe Preußens untersteht. (Lachen b. d. Soz.) Zu Punkt 2 der Interpellation habe ich zu erklären: Die Berliner Polizei hat auf Grund landesrechtlicher Befugnisse die Maßregeln getroffen, welche erforderlich waren, um Ausschreitungen auf den Straßen abzuwehren. (Unruhe b. d. Soz., lärmende Zustimmung rechts.) In Ausübung der militärischen Kommandogewalt sind Truppenteile in den Kasernen zusammengehalten worden, um jeder Aufforderung zum Schutz der gesetzlichen Ordnung unverzüglich Folge zu geben. (Lärmendes Bravo! rechts.) Ich lehne die Beantwortung der Interpellation daher ab. Der Kanzler legt das Manuskript bei Seite und fährt fort: Gestern ist es wieder zu Zusammenstößen gekommen, wobei die Polizei von der Waffe Gebrauch machen mußte. (Zuruf bei den Soz.: „Muße?“ Lautes Schreien rechts: „Jawohl, jawohl!“ Wirturke bei den Soz., Präsident Graf Stolberg läutet heftig.) Ungeachtet solcher Vorgänge will ich, unabhängig von dieser Interpellation, hier ein Wort erster Mahnung an das Land richten. (Rufe bei den Soz.: „Richten Sie es lieber an die Polizei!“ Die Rechte tobt und lächelt: „Ruhe!“ Es ist nicht deutsche Art, die Politik auf die Straße zu tragen. (Stürmische Rufe bei den Soz.: „Siehe Wahnacht!“ Heiterkeit.) Die Straße gehört dem freien Verkehr. (Erneute stürmische Rufe: „Wahnacht, Wahnacht!“) Wir werden den Agitatoren nicht die Herrschaft über die Straße überlassen. Durch Demonstrationen einer irre geleiteten Masse (Stürmisches Gelächter bei den Sozialdemokraten) läßt sich eine pflichterfüllte Regierung nichts abtropfen. (Lautes Bravo! Gelächter rechts. Zurufe bei den Soz.: „Abwarten, abwarten!“) Hoffentlich werden alle bürgerlichen Parteien einmütig diesen gefährlichen Anflug (Lofender Beifall rechts) verurteilen und zurückweisen. Mit den Demonstrationen hat die sozialdemokratische Partei eine abschüssige Bahn betreten. (Lautes Lachen bei den Soz.) Ich warne Sie, diese Bahn weiter zu verfolgen und richte namentlich diese Mahnung an die Arbeiterbevölkerung, der ich aus wohlmeinendem Herzen (Stürmisches, anhaltendes, schallendes Gelächter bei den Soz.) rate, nicht für Parteifanatiker und Dezer (Brüllender Beifall rechts) die eigene Haut zu Markte zu tragen. Nicht die Behörden, sondern die Anführer und Beführer werden sonst die Verantwortung tragen. (Lofender Beifall rechts.)

Singer (SD) beantragt die Interpellation trotz ihrer Nichtbeantwortung zu besprechen. Zur Unterstützung des Antrages erhoben sich die Sozialdemokraten, das Zentrum und die Freisinnigen. (Laute Uha! Rufe rechts. Fürst Bülow und Konf. verlassen den Saal.)

Richard Fischer-Berlin (SD): Die Rechte verläßt unter absichtlichem Geopolter den Saal und kehrt ebenfalls geräuschvoll nach und nach zurück.) Aber die Nichtbeantwortung unserer Interpellation wundern wir uns nicht. Wir kennen das. Immerhin will ich erwähnen, daß selbst die Kreuzzeitung eine Reihe von Gründen für die Beantwortung der Interpellation angeführt hat. — Daß nach formalem Recht die Konfignierung der Truppen gestattet war; wissen wir ja. Unsere Anfrage ging aber dahin, ob der Reichskanzler diese Maßregel billige. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Reichskanzler sprach von den geistigen Demonstrationen. Diese gingen übrigens nicht von der sozialdemokratischen Partei aus. (Lärmende Unterbrechungen rechts.) Wenn Sie (nach rechts) die Verantwortung für alle Polizeibrutalitäten übernehmen, so sind wir bereit, die moralische Verantwortung für alle Demonstrationen zu übernehmen, für die die sozialdemokratische Partei auch nur etwas wie moralische Verantwortung trägt. — Die Arbeitslosenversammlungen waren nach den übereinstimmenden Urteilen der Presse und der Polizei vollkommen ruhig verlaufen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Aber die Polizei kam wieder mit ihrer alten Methode, den Zug von zwei Seiten zusammenzuklemmen und dann einzuhauen. Dieser Verlauf ist u. a. auch von dem Berliner Tageblatt konstatiert worden. (Zuruf bei den Nationalliberalen: „Ist ja ein sozialdemokratisches Blatt.“ — Lautes Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Aber den Unsinn dieses Zwischenrufs sind keine Worte zu verlieren. (Sehr gut! b. d. Soz.) Im Gewerkschaftshaus der Metallarbeiter hat die Polizei die Beamten mißhandelt, die ihr Hausrecht wahren wollten. Fürst Bülow sagte: Die Straße gehört dem freien Verkehr, aber wer hat denn am 25. Jan. und 5. Febr. vor. J. die Politik auf die Straße getragen? (Sehr gut! b. d. Soz.) Der Kanzler und der Kaiser haben in mitternächtlicher Stunde Reden an Strahendemonstranten gehalten und somit die Politik auf die Straße getragen. (Lebh. Beif. b. d. Soz.) Wer so im Glashaute sitzt, wie der Kanzler, sollte nicht mit Steinen werfen, und wer selbst eine Versammlung unter freiem Himmel abgehalten hat, sollte hier nicht Moral predigen. (Lebh. Zuit. b. d. Soz.) Der Mann ist am wenigsten geeignet, zur Gesellichkeit aufzufordern, der die Offiziere aufgefordert hat, im Falle des Duells das Gesetz zu brechen. (Sehr gut! b. d. Soz., — andauernde Unruhe rechts und b. d. Natl. — Präsident Graf Stolberg bittet um Ruhe.) Wenn der Reichskanzler, der Militär in den Kasernen konfignieren läßt, von seinem wohlmeinenden Herzen spricht, so werden die Arbeiter wissen, was sie von dieser Heuchelei zu halten haben. (Sturm. Zuit. b. d. S.)

Präsident Graf Stolberg: Sie dürfen dem Kanzler keine Heuchelei vorwerfen; (Lautes Lachen b. d. Soz.) Ich rufe Sie zur Ordnung. (Bravo! Rufe rechts.)

Fischer (fortsetzend): Sein wohlmeinendes Herz für die Arbeiter hat der Kanzler mit seiner Ablehnung des gleichen und geheimen Wahlrechts für den preussischen Landtag gezeigt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir haben in unserer Interpellation ausdrücklich vom Reichstagswahlrecht gesprochen. Mit Absicht. In dem freisinnigen Antrag im Landtage war der Ausdruck nicht gebraucht. Wohl aber hat der Kanzler in seiner Ablehnung dieses Antrags der Ausdruck gebraucht (Dort, hört! b. d. Soz.) So viel ich weiß, ist Fürst Bülow Diplomat. (Heft.) Diplomaten pflegen ihre Worte sorgfältig zu erwägen. Oder ist etwa die Erklärung des Kanzlers am 10. Januar ihm in die Feder diktiert worden? (Heft. b. d. Soz.) Das kann ich doch nicht annehmen. — Der Ministerpräsident des größten Bundesstaats hat das verfassungsmäßige Wahlrecht des Reiches als unvereinbar mit dem Staatswohl bezeichnet und der Reichskanzler hat somit das Wahlrecht des Reiches und den aus diesem Wahlrecht hervorgegangenen Reichstag herabgesetzt. (Sturm. Zuit. b. d. Soz. und i. Jr.) Durch diese seine Erklärung hat der Reichskanzler alle offenen und geheimen Feinde des Reichstagswahlrechts ermutigt. (Sturm. Zuit. b. d. Soz.) Und wir wissen doch, wie einflußreich jene Feinde des Reichstagswahlrechts sind. Wir haben noch nicht vergessen, wie Graf Wirtach unter dem Beifall der Herrenausrufer zu dem Staatsreich und zum Durchhauen des gordischen Knotens aufforderte. (Dort, hört! links.) Der Reichsanwalt ist nicht wegen Vorbereitung zum Hochverrat eingekerkert, und er ist auch nicht eingeschritten, als zu wiederholten Malen die Bismarckischen Hamburger Nachrichten mit düren Worten die Aufforderung zum Staatsstreich wiederholten. (Lebh. Hör, hört! b. d. Soz.) Nach den Memoiren des Fürsten Hohenlohe hat Fürst Bismarck die Absicht gehabt, das Reichstagswahlrecht durch einen Staatsstreich zu beseitigen und mit blutigen Kämpfen im Gefolge dieses Vorgehens ausdrücklich gerechnet. (Lautes Hör, hört! b. d. Soz.) Der Kaiser hat selbst zu dem Fürsten Hohenlohe von dieser Absicht Bismarcks gesprochen und erklärt, er wolle keine Regierung nicht damit anfangen, seine Untertanen totzuschlagen. Professor Debrück hat die Absicht Bismarcks ausdrücklich bekräftigt. Bismarck hoffte, daß das durch Straßenkämpfe erschiedene Bürgerum dann sich der Regierung in die Arme werfen würde. Fürst Bülow hat es leichter gehabt: ihm hat der bloße Anblick des Zentrums die bürgerlichen Parteien in die Arme gerieben. (Gr. Heiterk. und Sehr gut! b. d. Soz. und im Zentr.) So lange Fürst Bismarck im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte war, hat er über das Reichstagswahlrecht ganz anders gedacht. Er hat an den Botschafter in London geschrieben, daß er das Klassenwahlrecht gefährlich für den Staat halte. (Hört, hört! b. d. Sozialdemokraten) und hat dem Generalfeldmarschall von Manteuffel gegenüber erklärt, daß er nicht daran denke, das Reichstagswahlrecht anzutasten. Wir wissen durch Herrn Müller-Fulda, daß Herr Miquel an eine Abschaffung des Reichstagswahlrechts dachte und nur auf einen Kartellreichstag wartete, um seine Pläne auszuführen. (Hört, hört! bei den Soz. und im Jr.) — Unter solchen Umständen bedeutet die neutliche Erklärung des Reichskanzlers ein Pallast für alle Wahlrechtsfeinde. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Noch im vorigen März erklärten sich preussische Konservativen im Herrenhause nur deshalb gegen eine Reichstagswahlrechtsänderung, weil sie augenblicklich inopportun sei, und selbst auf der Tagung der nationalliberalen Jugend erklärte ein Redner, er ziehe den Staatsstreich im Reiche einer Einkürzung des Reichstagswahlrechts in Preußen vor. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Reichskanzler bezeichnet das Reichstagswahlrecht als unvereinbar mit dem Staatswohl. Was heißt Staatswohl? Wäre der Kanzler ein liberaler Staatsmann, so würde er gerade die Ausdehnung des Reichstagswahlrechts auf alle Bundesstaaten als eine Hauptaufgabe des Staatswohls erachten. Aber wir wissen ja, daß alle Redensarten von der liberalen Ara nichts sind als Schminke. In Preußen wird das Staatswohl als identisch mit dem Junkerwohl betrachtet. (Unruhe rechts, lebh. Zustimmung bei den Soz.) Am ihre freissen Standesinteressen durchzusetzen, hüllen sich die Junker in die Partiotentoga. (Sehr wahr! bei den Soz. und Unruhe rechts.) Der Kampf gegen dieses Junkerum wäre Aufgabe des liberalen Bürgerturns. Dieses aber ist seiner historischen Aufgabe untreu geworden und hat der Arbeiterklasse die Vertretung der altliberalen Forderungen überlassen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die preussische Junkerpolitik hat die Reichsverdroffenheit erzeugt und befördert, über die gerade in der linken Blockhälfte so bewußt geklagt worden ist. Die liberale Hoffnungslosigkeit erwartete vom „liberalen“ Fürsten Bülow eine Wandlung. Hier sind

die Früchte dieser Hoffnung? Der Reichskanzler, Ministerpräsident schmächt das Wahlrecht, das Bayern, Baden und Württemberg eingeführt haben. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wenn die süddeutschen Bundesratsvertreter nicht so launische Leute wären, so würde Fürst Bülow gewiß von ihnen derbe Worte zu hören bekommen. (Geheult und sehr gut! b. d. Soz.) Fürst Bülow schilt das Wahlrecht, das der Prinz Ludwig von Bayern rühmt. (Sehr gut! b. d. Soz.) Er kann sich freuen, daß er kein gewöhnlicher Reim (Geheult! b. d. Soz.) und Prinz Ludwig kein Rupperecht ist; sonst hätten wir vielleicht ein interessantes Zwischenpiel für die nächste Zeit zu erwarten. Es ist ja Sache der süddeutschen Vertreter, zu erwägen, ob sie unter solchen Umständen noch die Bülow-Politik unterstützen können. Es ist doch bekannt, daß Fürst Bismarck schon 1867 das preussische Wahlrecht als das unsmüßigste und elendeste Wahlgesetz bezeichnet hat. (Hört, hört! bei den Soz.) — 314 000 sozialdemokratische Urwähler bringen nicht einen Abgeordneten, 342 000 konservative Urwähler bringen 143 Abgeordnete durch. (Hört, hört! bei den Soz.) Jeder Wähler erster Klasse in Preußen hat 200 Mal so viel politischen Einfluß als ein Wähler dritter Klasse (Hört, hört! bei den Soz.) und immer noch 25 mal mehr Rechte, als ein Wähler zweiter Klasse; ein Wähler zweiter Klasse 17 Mal mehr Rechte, als ein Wähler dritter Klasse. In einigen Wahlbezirken wählt man bei 3 Mk. schon in der ersten Klasse, in anderen bei 3000 Mk. noch in der dritten Klasse. Berlin 3 hat 90 000, Sigmaringen 6400 Urwähler. (Hört, hört! bei den Soz.) — Berlin leidet den 6. Teil der direkten Einkommensteuer und hat 9 Abgeordnete. Das Schicksal ländlicher Wahlkreise, das zusammen so viel Steuern zahlt als Berlin, hat 142 Abgeordnete. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Reichskanzler wählt in der dritten Klasse. Der Besitzer des Suren-Cafés wählt in der ersten Wählerklasse. Das ist das höhere Gewicht der Bildung. (Unbelebte Heiterkeit links.) Man muß wirklich ein sehr moderner Mensch sein, um die Schönheiten dieses Wahlrechts zu vertreten. (Sehr wahr! bei den Soz.) — Hier im Reichstage hat sich Fürst Bülow mehrfach gerühmt, durch das Klotzgesetz das Wahlrecht für den Reichstag gesichert zu haben; für Preußen kann er die geheime Wahl nicht in Aussicht stellen. Selbst Sachsen hat das geheime Wahlrecht, und außer Preußen haben nur noch Braunschweig, Waldeck und Sondershausen das öffentliche Wahlrecht. (Hört, hört! links.) Und dieselbe Regierung, die das öffentliche Wahlrecht verteidigt, wirft die Arbeiter aus den Staatsämtern, die den Mut haben, sozialdemokratisch zu wählen. (Hört, hört! bei den Soz.) Friedrich Wilhelm III. von Preußen hat das geheime Wahlrecht als das einzige bezeichnet, bei dem die Verzensmeinung der Wähler unbeeinträchtigt zum Ausdruck gelangen konnte. (Hört, hört! bei den Soz.) Das war vor ungefähr hundert Jahren. (Sehr gut! bei den Soz.) Die Konservativen lieben aber das offene Wahlrecht, weil sie, wie nie gelegentlich mit zynischer Offenheit zugegeben haben, in dem offenen Wahlrecht eine Handhabe zur Beeinflussung ihrer Untergebenen und der mit ihnen in Verbindung stehenden Geschäftseleute benutzen und dieselben Leute haben die Stimm, sich über sozialdemokratischen Terrorismus zu beklagen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir werden bei den nächsten Landtagswahlen ihrem Beispiel folgen. Prinz Ludwig von Bayern, der künftige bayerische König, hat in der Kammer der Reichsräte das allgemeine Reichstagswahlrecht gepriesen. Mit den Worten dieses Prinzen vergleicht man nun die Erklärungen Bülows im preussischen Landtage. Wird der Liberalismus noch immer Hoffnungen auf den Freund des Herrn v. Oldenburg und den Herold der nationalen Schweinepolitik setzen!? Aber der Freisinn ist ja so furchtbar bescheiden; Herr Hüchstedt mußte noch erzwungenes aus der ablehnenden Erklärung Bülows herauszulesen; ihm ging es, wie dem kleinen Moses, der jubelnd zum Vater gelaufen kam und ausrief: „Zateleben, zateleben, der Herr hat mit mir gesprochen und hat gesagt: „Geh weg, du dreister Judejunge.“ (Schallende Heiterkeit im ganzen Hause und auf den Tribünen.) Immerhin haben weite Kreise des Freisinn noch ein gewisses Verständnis für die Würde der Partei und protestieren gegen die schwächliche Haltung der Fraktion. Das Zentrum hat bekanntlich gegen den Teil des freisinnigen Antrages gestimmt, der gleiche Wahlkreiseinteilung forderte. (Abg. Dr. Spahn: Wir hatten dazu unsere Gründe.) Das glaube ich schon, ohne Gründe tut man nichts. Jedenfalls hat die Zentrumspartei keine ernsthafte Agitation für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen getrieben. — Nun zu den Vorgängen am 12. Januar. Die Tatsache der Konfignierung des Militärs hat ja auch der Reichskanzler zugegeben. Wo waren denn Ruhe und Sicherheit bedroht. Wir wissen, daß Ihnen (nach rechts) die Demonstration unangenehm war; aber, was bleibt denn den vom Landtage ausgeschlossenen Massen anders übrig, als zu demonstrieren. Herr Baumann hat erklärt: überall in der Welt hat die Niederschlagung vom Wahlrecht solche Folgen zeitigt. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) Das „Berliner Tageblatt“ hat zwar die Demonstrationen gemäßigilligt, aber in demselben Blatte sind Stimmen von Liberalen laut geworden, die sich ausdrücklich für die Demonstrationen erklärt haben. — Haben die Arbeiter weniger Anrecht an der Straße, als die Handlungsgehilfen und Studenten, die in den Wahlkreisen unter der Zustimmung des Kanzlers und des Kaisers demonstrieren? Damals wollte der Kaiser mehr Volk zu sehen bekommen; diesmal hat die Polizei die Erfüllung dieses seines Wunsches gehindert. (Sehr gut! und Geheult. b. d. Soz.) Aber die verhängnisvolle Behandlung der Demonstranten in diesem und im vorigen Jahre beweist, daß wir eben in keinem Reichskreise leben. — Am 10. und 12. Januar ging es friedlich und würdevoll zu, bis die Polizei eingriff. Da sie unser besonnenes Offizieren hand, wurde die Ruhe nicht gestört; aber so nutzlos und brutale Offiziere des Kommando führten, da kam es zu Zusammenstößen. — Am 5. Februar vorigen Jahres zog die Polizei mit im Zuge und lang wieder mit. Am 12. Januar dieses Jahres dagegen zog sie blank. — Am 21. Januar 1906 sprach der Kaiser der Schutzmannschaft seinen Dank aus. Wir konnten uns diesem Danke durchaus anschließen. Gegen wenig, wie an jenem Tage wäre es diesmal zu Zusammenstößen gekommen, wenn die Polizei sich benommen hätte, wie damals. Im „Berliner Tageblatt“ ist die verhängnisvolle Rolle gekennzeichnet worden, die die Herrschaft des Hauptmanns Stephan am 12. Januar gespielt hat. Die Polizei sagt, die Wachen hätten geschloffen. Ich bin ein relativer Begünstigter. Der eine nennt einen, was der andere johlen nennt. Es gibt auch Leute, die da sagen, daß die Antennen in der Wachenstraße geschloffen haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Dann müßten auch die 2 Schiffe herhalten, die an der Vertrauensbrücke gefallen sind. So lange die Polizei nicht ermannt, wer diese Schiffe abgucken hat, glaube ich nicht, daß sie von Demonstrationen werden sind. Nicht die Sozialdemokratie hat Interesse an solchem Schließen. Wo das System der Lockpöbel und Abgrenzungen zur Staatsmacht erhoben wird und die Polizei Retentionsstellen des „Vorwärts“ besetzt, wo der Polizeikommissar Schöne durch Androhung von Ausweisung Kassen zu Militärkassen pressen will, da kann man der Polizei auch zumuten, daß sie einen Schützen vorjagt. (Gezügelter Widerspruch rechts.) Für Sie auf der Rechten heißt es allerdings: „Dies Kind, kein Engel ist so rein.“ Unter den Demon-

stranten befanden sich verkleidete Schutzmann. So war der Schutzmann Eraber einer der lautesten Säger. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Kriminalbeamte Kasube hatte sich unter falschem Namen in eine Arbeiterorganisation eingeschlichen, befand sich im Zuge und hatte das Recht, an der Vertrauensbrücke einen Säbelhieb von der Polizei abzubekommen. Ich bitte Sie, diese Tatsache mit der anderen zusammenzuhalten, daß die vierwärtigen Schiffe gerade an der Vertrauensbrücke gefallen sind. — Wir werden diese friedlichen Demonstrationen auch in Zukunft veranstalten, im Interesse der Erziehung der Polizei und der Regierung. Wenn wir das Demonstrationsrecht in Deutschland noch nicht haben, so ist das um so mehr Grund, es sich zu erkämpfen. In Österreich hat der Ministerpräsident v. Gautsich sich ausdrücklich gegen die Ungehörlichkeit verahrt, auf die Demonstrationen schießen zu lassen. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) So etwas ist nur noch in Rußland möglich. Ich erinnere an die Vorgänge des blutigen Sonntags und an den feigen Mord friedlicher Arbeiter, die der Zar wie tolle Hunde niederschleusen ließ. Wenn die Konservativen die friedlichen Straßendemonstrationen nicht wollen, so mögen sie im preussischen Landtage die Forderungen des Volkes bewilligen. Sonst werden die Demonstrationen weiter stattfinden. (Lebh. Zustimmung. b. d. Soz.) Je länger die Regierung sich sträubt, um so heftiger wird das Verlangen der Arbeiter nach einem vollen Anteil am Wahlrecht werden. Der Reichskanzler hat in seinem Silberbrief mit Recht die deutschen Arbeiter als die intelligentesten der Welt bezeichnet. Warum soll denn den intelligenten preussischen Arbeitern das Recht vorenthalten bleiben, das die französischen, die englischen, die bayerischen und die badischen Arbeiter haben, jetzt sogar die ungarischen und slowenischen. (Lebh. Zustimmung. b. d. Soz.) Die österreichischen Staatsmänner haben eingesehen, daß sie dem Verlangen des Volkes nach dem allgemeinen Wahlrecht ohne Gefährdung des Staatswohls nicht länger widerstehen könnten. — Was soll das Ausmaß von unseren innerpolitischen Zuständen denken, wenn die stärkste Partei des Landes friedlich auf den Straßen demonstriert und die Regierung kein anderes Mittel dagegen weiß, als das Militär in den Kasernen zu konfignieren, als ob wir unmittelbar vor dem Ausbruch der Revolution ständen. Es ist doch schon genug über Deutschlands diplomatische Isolierung geseufzt worden. Kann von den Arbeitern verlangt werden, daß sie sich für den Staatsgedanken begeistern, wenn man sie als Heloten behandelt! Der Selbsterhaltungstrieb soll den Herrschenden gebieten, den Arbeitern ein Recht zu gewähren, das sie so lange fordern werden, bis sie es bekommen. (Stürmischer lang anhaltender Beifall. Zwischen rechts.)

Präsident Graf Stolberg ruft den Redner nachträglich wegen eines im Anfang der Rede gefallenen Ausdruckes zur Ordnung. (Bravo! rechts. — Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Kreth (Kons.) Das preussische Wahlrecht ist Sache des Landtages. Die Demonstrationen sind bloß eine Judenmache. (Litt. b. d. Soz., Zuruf: „Kreth ist auch ein jüdischer Name!“) Wo waren die Führer bei den Demonstrationen. (Tosender Beifall rechts, stürm. Unruhe bei den Soz. — Zurufe: Beweislose Schwägerien.) Sollte die sozialdemokratische Partei nach italienischem Muster Kinder und Frauen als Söldner bei den Demonstrationen benutzen, so wird die Entrüstung des deutschen Volkes ihre Partei hinwegschwemmen. (Brüllender Beifall rechts und b. d. Natl. — Stürm. Unterbrechen bei den Soz., verzweifeltes Glockenschwingen des Präsidenten. — Lärm im ganzen Hause.) Wenn Herr Stadthagen Lust zu einem Rekontre hat, ich bin bereit. (Händeklatschen rechts, Zurufe b. d. Soz.: „Kaufbold.“)

Abg. Graf Dompelsch (Z.): Das Reichstagszentrum steht auf dem Boden des gleichen, geheimen, allgemeinen und direkten Wahlrechts. (Zurufe b. d. Soz.: Nur das Reichstagszentrum?) Ich kann doch hier nur im Namen des Reichstagszentrums sprechen. (Sehr gut! im Ztr.) Wir betrachten die Ausdehnung des Reichstagswahlrechts auf den größten Bundesstaat als eine politische Notwendigkeit. (Beifall im Ztr.)

Baßlermann (Z.): Wir müssen es ablehnen, hier im Reichstag über die Ausgestaltung des preussischen Wahlrechts zu debattieren. (Bravo! rechts.) Als hier im Reichstage von konservativer Seite gegen die Wahlrechtserweiterung in Süddeutschland protestiert wurde, hat sich die süddeutsche Presse auch diese Einmischung Preußens auf das entschiedenste verboten. (Hört, hört! rechts.) Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. (Sehr gut! b. d. Natl.) Wir können uns auf den ruhigen Verlauf der Demonstrationen schon deshalb nicht verlassen, weil bei solchen Aufmärschen nicht nur Sozialdemokraten, sondern der ganze grobschlächtige Janhagel dabei ist. Dazu kommt die Erdbehbe, die durch das fortwährende Bedrängen des Klassenhasses erzeugt wird. (Sehr richtig! links und b. d. Natl.) Man kann es verstehen, daß schließlich auch einmal die Polizei nervös wird. (Sehr richtig! rechts.) Die Straßendemonstrationen verletzten auch die Ausichten des Vereinsgesetzes. (Lachen b. d. Soz.) Vorsichtsmaßregeln waren geboten und die Konfignierung des Militärs gehörte zu den Vorsichtsmaßregeln. Wir sind mit dem Verhalten der Staatsregierung zufrieden. (Lebh. Bravo! b. d. Natl. und rechts.)

Zäger (Z.): Es stimmt nicht, daß mein fraktionsgenosse Hüchstedt die Erklärung des Reichskanzlers erfreulich gefunden hat. Er hat die Erklärung immer noch besser gefunden als die konservative Rede. Wir sind nach wie vor für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen (Lebh. Beifall links.) und halten mit dem ehrwürdigen Kaiser von Österreich die Einführung dieses Wahlrechts für unvermeidlich und unaufschiebbar. (Lebh. Beifall links.) Wir halten auch den Reichstag für zuständig. Man muß in Zuständigkeitsfragen nicht so penibel sein. Die Parteien behandeln die Zuständigkeitsfrage so, wie es ihnen gerade in den Kram paßt. Im preussischen Landtage wird auch sehr viel über das Reich geredet. (Sehr wahr! links.) Der Zuständigkeitsstreit ist meist nur ein Verlegenheitsmanöver. (Sehr wahr! links.) Wir haben ja vom Reichskanzler nicht erwartet, daß er uns gleich das Reichstagswahlrecht für Preußen gewähre, aber seine Erklärung blieb auch hinter den bestehenden Erwartungen zurück, und war dabei so furchtbar unverbindlich in der Form, während er doch sonst so häufig verbindlich, Verbindliches zu sagen. Gutmütige Gemüter haben ja in der Erklärung noch etwas Tröstliches gefunden. Ich für meine Person gehöre nicht zu diesen Gutmütigen. (Heiterk.) So weit wie Herr Hüchstedt gehe ich freilich nicht in der Äußerung eine Verschärfung des Wahlrechts für das Reich zu sehen. Wir Straßendemonstrationen sind allerdings die Sozialdemokratie die Zahl der Anhänger der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen nicht negieren. (Sehr wahr! bei den Freis.) Ich erwarte die Zeit für nicht fern, da die Verhältnisse selbst die preussische Regierung zur Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts nötigen werden. (Lebh. Beifall b. d. Freis.)

Prinz Dohensche-Langenburg (Z.): Preußen muß seine Angelegenheiten selbst regeln; nur in den Fällen dringender Notwendigkeit, die hier nicht vorliegt, darf sich das Reich in die innerstaatlichen Verhältnisse der Einzelstaaten einmischen. Die törichten Straßendemonstrationen machen es uns unmöglich, auf die Interpellation einzugehen. Wir be-

gnügen uns, der Polizei für ihr besonnenes Vorgehen zu danken. (Zust. rechts.)

Köhl (Z.) protestiert gegen die Einmischung in die innerlichen Angelegenheiten Preußens, verliert den Faden seiner Rede und verläßt unter stürmischer Heiterkeit der Linken und des Zentrums die Tribüne. Es stellt sich jedoch nachher heraus, daß er von einem heftigen Unwohlsein befallen ist.

Schrader (Z.) tadelt die Erklärung des Reichskanzlers im preussischen Abgeordnetenhaus, aber auch die Straßendemonstrationen. Wir verlangen Änderung des preussischen Wahlrechts, wenn auch vielleicht nicht ganz im Sinne des Reichstagswahlrechts. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

v. Payer (Südd. Vot.) mißbilligt scharf die Erklärung Bülows, die in Württemberg geradezu als Hohn empfunden sei. (Sehr richtig! links.) Bei dem großen Einfluße Preußens auf das Reich ist die Frage des preussischen Wahlrechts durchaus keine rein preussische. (Sehr wahr! links.) — Straßendemonstrationen sind bedenklich. Was sie auf der einen Seite nützen, schaden sie auf der anderen. Viele Personen sind durch sie geschreckt worden. Die Konfignierung des Militärs können wir nicht tadeln. Unsere Wähler wünschen eine grundsätzliche Bekämpfung des Reichskanzlers. Wir lehnen eine solche aber in Anbetracht der Schattenseiten einer rein negativen Tätigkeit ab. (Lautes Lachen bei den Soz.) Immerhin ist unser Interesse an der Fortführung der Blockpolitik ein sehr geringes geworden und bei künftigen Abstimmungen werden wir unsere Erfahrungen in die Waagschale werfen. (Lebh. Beif. b. d. Freis.)

Korfaun (Z.): Im Kampfe um das Wahlrecht werden wir stets an der Seite der Sozialdemokratie zu finden sein.

Zimmermann (Z.): Als Anhänger des Reichstagswahlrechts bedauern wir die Haltung Bülows; aber mehr noch tadeln wir die tumultuarischen Straßendemonstrationen.

Wetterle (Z.) verlangt die Einführung des Reichstagswahlrechts in Elsaß-Lothringen.

Darauf wird ein Veräußerungsantrag angenommen.

Singer (zur Geschäftsordnung) beantragt, als ersten Punkt auf die morgige Tagesordnung die Fortsetzung der heutigen Beratung zu setzen. Wir haben den Wunsch, bald die gegen uns gerichteten Angriffe zu beantworten. Auch die Beratung der Interpellation über den Bankdiskont ist auf zwei Tage ausgedehnt worden.

Für den Antrag Singer erheben sich Sozialdemokraten, Zentrum, Polen und vier Mitglieder der freisinnigen Vereinigung: Neumann-Hofer, Gothein, Böttchhoff und Dohrn-Stettin. Der Antrag wird abgelehnt und es bleibt somit bei der vom Präsidenten vorgeschlagenen Tagesordnung: Scheitgesetz, Majestätsbeleidigungsparagrafen, Haftung der Tierhalter, Maß- und Gewichtsordnung. — Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr.

Schluß 6 $\frac{1}{2}$  Uhr.

---

### Das Urteil im Peters-Prozess gegen v. Bennigsen.

Das nachmittags gegen 4 $\frac{1}{2}$  Uhr vom Schöffengericht in Köln verkündete Urteil in der Privatklagesache Peters gegen die „Kölnische Zeitung“ lautet gegen den Redakteur Brüggemann auf Grund des Paragraphen 21 Abs. 2 des Preßgesetzes auf Freisprechung. Der Beklagte von Bennigsen wird wegen öffentlicher Beleidigung zu 100 Mark Geldstrafe oder 20 Tagen Haft verurteilt.

Die Kosten trägt Bennigsen, mit Ausnahme der durch das Verfahren gegen Brüggemann entstandenen Mehrkosten, die dem Privatkläger zur Last fallen. Alle Exemplare der betreffenden Nummer der „Kölnischen Zeitung“ sind einzuziehen, die Blätter usw. zu vernichten. Dem Privatkläger wird die Befugnis zugesprochen, binnen 4 Wochen auf Kosten von Bennigsen das Urteil in der „Kölnischen Zeitung“ bekannt zu machen.

In der Urteilsbegründung heißt es, daß der Wahrheitsbeweis für die Behauptung, daß Peters in dem Brief an den Bischof Smitthies geschlechtliche Motive für die Hinrichtung des Mabrud und der Jagodja zugestanden habe, mißlungen sei. Peters habe im Gegenteil das bestritten. Auf Grund der Behauptungen der Zeugen und Sachverständigen kommt das Gericht zu der Ansicht, daß die geschlechtlichen Motive bei den Hinrichtungen nicht erwiesen seien. Auf Grund der §§ 186 und 200 des Strafgesetzbuches sei der Angeklagte Bennigsen daher zu bestrafen. § 193 sei ihm nach der Rechtsprechung der Reichsgerichte nicht zuzubilligen. Als strafmildernd komme jedoch in Betracht, daß Bennigsen nicht aus unedlen Motiven gehandelt habe. Deshalb sei der Angeklagte wegen übler Nachrede zu bestrafen. Das Gericht sei der Überzeugung, daß Bennigsen bei der Abfassung der Behauptungen von deren Wahrheit überzeugt gewesen sei. Straferschwerend komme aber immerhin die Schwere der Beleidigung in Betracht.

---

### Aus Nah und Fern.

Ein dreifacher Schwermörder. Aus Wien wird gemeldet: Ein grauenhaftes Verbrechen, das vor vier Jahren in Österreich verübt worden ist, scheint jetzt seine Aufklärung finden zu sollen. Unter dem dringenden Verdacht, in der Nacht vom 1. zum 2. Dezember 1903 die drei Schwermörder K r i s t e, Tochter einer im Botewald im nördlichen Mähren wohnenden Witwe, e r m o r d e t zu haben, wurde der eigene Bruder der Ermordeten, der 26jährige Johann Krischke, in Wien festgenommen.

Das gegen Antimilitaristen. Die Staatsanwaltschaft in Köln hat bei dem Landgericht den Antrag auf Eröffnung des Hauptverfahrens gegen sechs Anarchisten wegen antimilitaristischer Propaganda gestellt. Der Hauptangeklagte, der in Wien geboren und in Arnheim (Holland) ansässige Tischler G ö r m a n n, wird beschuldigt, die Broschüre „Soldatenfreund“, die identisch sein soll mit der seinerzeit in Berlin beschlagnahmten Broschüre „Soldatenrevier“, aus London bezogen und nach Deutschland hereingeschafft zu haben. Der Verbreitung bezw. Beihilfe sind angeklagt der Tischler L., die Schuhmacher S. und K., der Maurer L. und der Zementierer B. Die Anklage lautet auf Aufforderung zum Ungehörigen gegen die Gesetze, Aufforderung zur Begehung einer strafbaren Handlung, Aufreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten; Ziffer 7 des § 369 betrifft die unbefugte Abbildung des Landeswappens. Die Broschüren sind nämlich so ausgestattet, als seien sie in staatlichen Druckereien hergestellt. Die Angeklagten befinden sich zur Hälfte schon seit Wochen in Haft. Zwei sind ortsaufweisend. Außerdem ist der Bauhilfsarbeiter K. aus Köln-Nippes seit der nämlichen Zeit in Z e u n i s z w a n g s h a f t. Dieser Tage wurden wiederum zwei Personen von der Kölner Kriminalpolizei wegen antimilitaristischer Propaganda verhaftet, aber nach 24 Stunden freigelassen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: J. H. Schwaib. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.